LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

Niederschrift
8/EUR/10

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien sowie Kultur

10. - öffentliche - Sitzung, 13.05.2022
–

Magdeburg, Landtagsgebäude

Tagesordnung: **Seite:**

1. **Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit**

   Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/146**

   Fachgespräch, Beratung 4

2. **Russlandsanktionen beenden - die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit stärken!**

   Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/612**

   Beratung und Erarbeitung einer Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus 31

3. Grundvoraussetzung für Provenienzforschung durch Digitalisierung der Sammlungsbestände in Museen, Stiftungen, Bibliotheken und Archiven schaffen

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- **ADrs. 8/EUR/13**

Fachgespräch 33

4. Finanzierung des Cage-Projektes in Halberstadt

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- **ADrs. 8/EUR/15**

Fachgespräch 45

5. Verschiedenes 50

Anwesende:

Ausschussmitglieder:

Abg. Daniel Sturm, Vorsitzender	CDU
Abg. Markus Kurze	CDU
Abg. Alexander Räuscher	CDU
Abg. Andreas Schumann	CDU
Abg. Lars-Jörn Zimmer	CDU
Abg. Tobias Rausch	AfD
Abg. Ulrich Siegmund	AfD
Abg. Daniel Wald	AfD
Abg. Wulf Gallert	DIE LINKE
Abg. Holger Hövelmann	SPD
Abg. Andreas Silbersack	FDP
Abg. Dorothea Frederking (zeitw. vertreten durch Abg. Wolfgang Aldag)	GRÜNE

Ferner nehmen Präsident Dr. Gunnar Schellenberger und Abg. Dr. Heide Richter-Airijoki (SPD) an der Sitzung teil.

Von der Landesregierung:

von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur:

Staats- und Kulturminister Rainer Robra
Staatssekretär Dr. Sebastian Putz

Niederschrift:

Stenografischer Dienst

Vorsitzender Daniel Sturm eröffnet die Sitzung um 9:30 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Tagesordnung wird bestätigt.

Die Niederschrift über die 8. Sitzung am 4. April 2022 wird gebilligt.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 8/146**

Der Ausschuss hat sich mit dem Antrag zuletzt in der 9. Sitzung am 22. April 2022 befasst. Er ist übereingekommen, die Landeshauptstadt Magdeburg, die Stadt Halle (Saale) sowie die Lutherstadt Wittenberg zu einem Fachgespräch einzuladen.

In **Vorlage 1** liegt dem Ausschuss die Drucksache des Bundesrats 196/22 vor.

Vorsitzender Daniel Sturm: An dieser Stelle möchte ich unsere heutigen Gäste zum Fachgespräch ganz herzlich begrüßen: Frau Stieler-Hinz, Beigeordnete für Kultur, Schule und Sport der Landeshauptstadt Magdeburg, die den Oberbürgermeister Herrn Dr. Trümper vertritt; Herrn Geier, Bürgermeister der Stadt Halle, begleitet von Herrn Rebenstorf, Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt, sowie der Leiterin des Fachbereiches Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung. Weiterhin darf ich Herrn Zugehör, Oberbürgermeister der Lutherstadt Wittenberg, im Ausschuss recht herzlich begrüßen. Wir beginnen jetzt in dieser Reihenfolge.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Vielen Dank für die Einladung und dafür, dass wir heute die Gelegenheit haben, Ihnen unsere Überzeugung darzustellen, dass Magdeburg der ideale Standort für die Ansiedlung des Zukunftszentrums für deutsche Einheit und europäische Transformation ist.

(Es wird eine Computerpräsentation vorgeführt. Ein Abdruck der Präsentation wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 3** bereitgestellt.)

Seit Juli 2020 bekleide ich dieses Amt und tatsächlich war Magdeburg für mich am Anfang noch ein ziemlich weißer Fleck auf der Landkarte. Nach wenigen Wochen bin ich aber über den Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ gestolpert, dass die Kommission für die friedliche Revolution ihre Empfehlung gegeben hat, dieses Zukunftszentrum zu bauen. Ich war sofort elektrisiert; denn obwohl erst wenige Wochen hier in Magdeburg verankert - und das auch mitten in der Pandemie -, habe ich gedacht, die sprechen über Magdeburg. Warum? - Weil die Stadt wirklich gelebte Transformation ist. Das sehen wir im Stadtbild. Das sehen wir in der Stadtentwicklung. Das sehen wir in der Gesellschaft. Das sehen wir auch in der Geschichte. Warum das so ist, das möchte ich Ihnen heute gerne anhand dieser Powerpoint-Präsentation zeigen. Dazu habe ich mir Unterstützung geholt; denn es gibt bereits ein sehr breites Bündnis für dieses Projekt. Ich darf ihn an meiner linken Seite Herrn Dr. S. von der DYNA der Otto-von-Guericke Universität vorstellen - das ist der Thinktank der Universität - und an meiner rechten Seite Herrn Dr. S. vom Kulturhistorischen Museum, Kurator für Zeitgeschichte.

Warum glauben wir also tatsächlich, Magdeburg ist der ideale Standort? - Diese Überzeugung bestand schon sehr schnell auch in der Stadtpolitik; denn schon im Sommer des vorigen Jahres haben wir einen einheitlichen Beschluss im Stadtrat gefasst, sich um diese Ansiedlung zu bemühen.

Um zu verstehen, was ich eingangs gesagt habe, müssen wir einen Blick in die Transformationsgeschichte werfen. Im Jahr 1631 ging es eigentlich mit der Transformationsgeschichte Magdeburgs los durch die vollständige Zerstörung Magdeburgs im Dreißigjährigen Krieg. Es wurde ein Exempel statuiert, und Magdeburg musste sich neu erfinden. Schon kurz danach gab es dann die Umformung zur preußischen Festungsstadt, also kurz danach im historischen Sinne. Sie sehen hier ein Bild, wie die Festungsanlagen diese Stadt auch neu definiert haben. Die Karte, die wir haben, zeigt sie im Jahr 1885. Aber es ging noch weiter. Nach der Umformung zur preußischen Festungsstadt ging die Transformationsgeschichte weiter ab den 1850er-Jahren.

Ein **Vertreter der Stadt Magdeburg:** Die Industriestadt: Ab Mitte des 19. Jahrhunderts beginnt diese Entität Magdeburg als Industriestadt, die 150 Jahre lang die Stadt geprägt hat. Die Industrialisierung war außerordentlich dynamisch und in den Vorstädten, weil die Stadt als Festung eingemauert war. Wir haben eine ganze Reihe von Firmen, die Weltmarktführerschaft erreicht haben, insbesondere im Maschinen- und Anlagenbau. Es gibt eine Konstanz über viele Epochen hinweg, Kaiserreich, Weimarer Republik, NS-Zeit, DDR-Zeit. Im Bild sehen Sie das Beispiel, das es vielleicht am besten illustriert, das Gruson-Werk, im Jahr 1855 gegründet, dann ein Teil des Krupp-Konzerns bis 1945 und dann eine sowjetische Gesellschaft, VEB im Jahr 1954 und dann das Großkombinat SKET mit 30 000 Mitarbeitern, abgewickelt, fast alles abgerissen und heute ist das Technikmuseum in einer dieser vielen Hallen.

Wiederum eine starke Veränderung erfährt Magdeburg in den 1920er-Jahren, als sich Magdeburg als Stadt der Moderne quasi neu erfindet, und zwar unter den Vorzeichen der Moderne Avantgardisten in die Stadt holt, Bruno Taut als Stadtbaurat. Es wird eine Modellstadt der sozial verantwortlichen Moderne mit der zum Beispiel ersten Großsiedlung Deutschlands mit mehr als 2 000 Wohnungen. Es wurde ganz vieles neu gemacht, neue Infrastruktur, Gas- und Wasserversorgung, Strom usw. Der Mittellandkanal ist ein Meilenstein für die Stadt, dass er bis zur Elbe fortgesetzt worden ist.

Dann der sehr tiefe Einschnitt durch die Kriegszerstörungen Ende des Zweiten Weltkrieges, flächige Zerstörung. Sie sehen im Bild die Innenstadt. Das hat dann eigentlich erst die Möglichkeit geboten, dass danach in der DDR-Zeit das Stadtzentrum total umgestaltet werden konnte zur sozialistischen Stadt. Es wurde großflächig enttrümmert, Neubaupläne, Aufmarschplatz und eine aufgelockerte Bebauung. Was Sie rechts sehen, das Foto, ist mitten in der Innenstadt, neben dem Rathaus, die Jakobstraße. Das war vorher ein Gewimmel von vielen Straßen an dieser Stelle. Auch der Ausbau zur autogerechten Stadt mit Schnellstraßentrassen gehört in diese Zeit und die Prägung durch die Industrie unter dem Ehrentitel „Stadt

des Schwermaschinenbaus“. Die großen Kombinate mit Zehntausenden von Beschäftigten haben auch das Soziale, Kultur und Freizeit mit geprägt.

Man muss auch sagen, Magdeburg ist eine riesige Garnisonsstadt der Roten Armee gewesen, die mit 45 000 Soldaten die Stadt eben auch erheblich beeinflusst haben.

Ein **Vertreter der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg (OvGU):** Dann passiert die nächste große Transformation, die deutsche Wende. Dann sehen wir vor allem, dass in Magdeburg ein riesengroßer Strukturwandel passiert ist. Wir alle haben vielleicht noch die Bilder aus den 1990er-Jahren im Kopf von Massenarbeitslosigkeit. Betriebe wie SKET, in denen, was weiß ich, 50 000 Menschen gearbeitet haben, werden auf einmal obsolet oder können nicht mehr konkurrieren. Was wir dabei haben, ist nicht nur der Wandel, dass die Leute arbeitslos sind, sondern natürlich passiert auch etwas im Kopf. Viele Ingenieure fühlen sich entwurzelt usw.

Es wurde schon gesagt, Magdeburg war eine russische Garnisonsstadt, d. h., es gab mehrere Stadtteile, die wirklich geprägt waren durch russische Soldaten. Sie wurden tatsächlich umgestaltet. Eines der berühmtesten Projekte in diesem Bereich ist natürlich die BUGA, wobei tatsächlich ein ganzes Gebiet ganz neu erfunden wurde.

Was wir gemacht haben in Magdeburg, um diesen in Ostdeutschland einmaligen Wandel von der Industrie ein bisschen zu begleiten, war natürlich, uns zu überlegen, wohin wir gehen. Ein Punkt war natürlich das Akademische auszubauen. Das hat sehr gut funktioniert. Die Otto-von-Guericke-Universität ist sehr gewachsen. Die Hochschule Magdeburg-Stendal ist gewachsen und hat ganz neue Dinge zu entdecken versucht.

Was wir auch gemacht haben, ist, wir haben überlegt, wie kann man sich selber vielleicht neu erfinden, wie kann man in der Geschichte etwas finden. Die Stadt Magdeburg hat sich dafür entschieden, auch ein bisschen zu schauen, was historisch passiert ist. Wir haben uns auch für die Otto-Kampagne entschieden. Mit Otto von Guericke und Otto I. sind das große Meilensteine. Dann war natürlich immer der Punkt, wir müssen uns an eine neue Zeit anpassen und versuchen, in diesen Dienstleistungsbereich hineinzukommen. Die Medizintechnik ist ganz groß geworden an der Universität. Wir haben unheimlich viele Softwareunternehmen, die sich entwickelt haben. Was man auch immer sagen muss, ist, dass wir in Ostdeutschland eben nicht alleine dastehen, sondern das, was uns passiert ist, ging natürlich auch in vielen Städten in Osteuropa vor sich.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Dann seit den 2000er-Jahren nicht nur die Revitalisierung durch die IBA im Jahr 2010 an Arealen entlang der Elbe, sondern auch die engagierte Bewerbung um die Europäische Kulturhauptstadt. Leider ist ganz zum Schluss doch nichts daraus geworden. Aber dabei haben wir viele Punkte aus der Transformationsgeschichte schon entsprechend aufgearbeitet. Seit dem Jahr 2006 befindet sich Magdeburg wirklich in einer Renaissance als Industriestandort und die Geschichte der Trans-

formation wird natürlich auch 2026 fortgeschrieben werden durch die Ansiedlung von Intel, was für die gesamte Stadt einen wahnsinnigen Strukturwandel bedeutet.

Der **Vertreter der Stadt Magdeburg:** Über die Jahrhunderte war Magdeburg eine Stadt an der Schnittstelle zwischen Ost und West und eine Metropole des Mittelalters - das ist hinlänglich bekannt -, hatte aber eben auch eine Brückenkopffunktion nach Osten durch die Lage für den Fernhandel.

Das Magdeburger Recht, ein ganz singuläres Phänomen, hat über 1 000 Städte östlich von Magdeburg eingebunden, und immer mit Bezug zu Magdeburg im heutigen Polen und Tschechien, in der heutigen Slowakei, im Baltikum, im heutigen Belorussland, in der heutigen Ukraine und im heutigen Rumänien. Fast alles, was sie auf der Karte östlich von Magdeburg sehen, außer Skandinavien, dort ist das Magdeburger Recht gewesen. In den 1990er-Jahren haben sich viele Städte in Osteuropa wieder darauf besonnen; denn das Magdeburger Recht stand für die Selbstbestimmung der Städte. Das ist natürlich nach dem Ende der sozialistischen Diktaturen ein wichtiges Thema gewesen.

Singulär für Magdeburger als Standort ist auch diese Lage an der alten Trennlinie des Kalten Krieges, am Eisernen Vorhang und auch an dieser wichtigen Transitstrecke. Der Grenzübergang Marienborn ist das größte Tor im Eisernen Vorhang gewesen - das muss man sich vergegenwärtigen -, der ganz Europa geprägt hat, und ist Europas größter Grenzübergang, der natürlich auch eingebunden werden würde.

Die Partnerstädte von Magdeburg zeigen auch diese gelebte Anbindung: Sarajevo, Saporoshje, Radom, um nur die osteuropäischen Städte zu nennen.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Diese breite Transformationsgeschichte, die wir Ihnen im Parforceritt präsentieren, wird natürlich auch heute noch weiter gelebt. Ich habe eingangs gesagt, Magdeburg ist gelebte Transformation und deshalb auch so spannend. Wir haben auch im zivilgesellschaftlichen Diskurs weiterhin die aktuelle Auseinandersetzung. Die Bewerbung habe ich schon genannt. In der letzten Woche hat sich auch das Kuratorium „Friedensforum Johanniskirche 1631-2031“ mit vielen Vertreterinnen aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Forschung gegründet, um dieses Thema natürlich auch in den aktuellen Diskurs - gerade jetzt wichtiger denn je - um Friedensbemühungen zu überführen.

Wir bereiten gerade das Beteiligungs- und Ausstellungsprojekt „Feeling East - Leben im Osten“ vor, das wird im Jahr 2025 als großes Projekt durchführen möchten. Insofern sind wir mittendrin im Prozess der Auseinandersetzung mit dem Thema Transformation. Das bildet sich auch letztendlich ab durch Treffen, die inzwischen schon stattgefunden haben. Es gibt ein breites Bündnis zur Bewerbung und damit auch ein Bekenntnis zum Thema, nicht nur, dass wir bereits Ende April mit den Vertreterinnen aus Forschung und Wissenschaft zusammengesessen haben in einer Arbeitsgruppe, um dieses Thema näher zu beleuchten, sondern

auch in der vorletzten Woche gab es ein großes Unterstützerinnentreffen in der Johanniskirche, selbst ein Ort der Transformationsgeschichte, weil wir glauben, Magdeburg ist der ideale Standort.

Jetzt möchten wir noch ganz kurz in die Bereiche hineingehen - Wissenschaft, Dialog- und Begegnungszentrum und natürlich auch die Galerie der Transformation und Einheit; das sind die drei Säulen des Zukunftszentrums gemäß des Antrags des Bundes - und Ihnen unsere Kooperationspartnerinnen aufzeigen.

Der **Vertreter der OvGU:** Wir als Wissenschaft denken natürlich, dass gerade der wissenschaftliche Bereich von diesen drei Säulen einer der wichtigsten ist. Das Faszinierende ist, dass wir erkannt haben, dass Magdeburg eigentlich gerade in der Transformationsforschung so etwas wie ein schlafender Riese ist. Man muss es sich so vorstellen, die Geschichte der 1990er-Jahre und das, was damals passiert ist, hat natürlich auch die Wissenschaft beeinflusst und die Wissenschaft wiederum auch die Stadt. Das ist sozusagen ein doppelter Transformationsschluss, der sich ergeben hat.

Wir haben vor allem bei den Geisteswissenschaften das Zentrum für Transformationsforschung, das bereits seit den 1999er-Jahren auf dem Feld aktiv ist, und das eben nicht nur in Magdeburg, sondern sie haben tatsächlich in ganz Osteuropa, sogar bis Russland eigene Forschungszentren betrieben und haben daran gearbeitet. Das hat sich vor allem deswegen entwickelt, weil wir hier einen der größten und wichtigsten Soziologen überhaupt haben, Prof. S., der wahrscheinlich weltweit berühmt ist für Transformationsforschung und der einen eigenen Ansatz entwickelt hat. Es ist einmalig, dass er bei uns ist und dass er immer noch arbeitet. Er hat natürlich auch ganz viele Schüler.

Das Interessante ist aber, dass wir bei der Transformationsforschung an der Universität nicht nur mit den Soziologen zusammenarbeiten, sondern dass es wirklich transdisziplinär ist. Das Faszinierende ist, dass auch die Wirtschaftswissenschaften, die größte Fakultät, in dem Bereich arbeiten. Es gibt ein berühmtes Beispiel, dass sie ein Fintech-Labor haben, wo sie sich genau anschauen, wie solche Ströme funktionieren. Es kommen aber nicht nur die Wirtschaftswissenschaftler, sondern auch die Germanisten sind in der Transformationsforschung tätig.

Wir haben einen wahrscheinlich der wichtigsten Studiengänge, wenn es um europäische Integration geht, die European Studies mit Frau Prof. H., die interessanterweise auch den Monet-Lehrstuhl bekommen hat, was eine unheimliche Auszeichnung ist. Das heißt, wir haben dafür eine große Expertise.

Was vielleicht auch für das Zentrum interessant sein könnte, ist unsere Friedens- und Konfliktforschung, was auch einmalig ist.

Aber das Tolle ist, nicht nur an der Otto-von-Guericke-Universität gibt es sozusagen die Institutionen und Bereiche, sondern wir haben noch einen zweiten großen Wissenschaftsstandort, die Hochschule Magdeburg-Stendal. Damit reichen die Arme nicht nur nach Magdeburg, sondern sogar nach Stendal. Auch dort ist eine große Tradition und sind Studiengänge, die wieder in das ganze Thema hineinpassen. Es ist möglich, Bauingenieur zu studieren, Produktdesign, was vielleicht auch wichtig sein könnte für den Kulturbereich. Es gibt also ein großes Potenzial und Möglichkeiten, die in der ersten Säule ausgespielt werden könnten.

Wir haben nicht nur diese beiden großen wissenschaftlichen Institutionen, sondern natürlich auch ganz viele Institute, die sogar deutschlandweit Aufmerksamkeit auf Magdeburg lenken. Wir haben die Max-Planck-Institute. Wir haben das Helmholtz-Zentrum. Wir haben die Fraunhofer-Gesellschaft usw. Das Faszinierende ist, dass gerade an diesen Orten Transformation wieder eine große Rolle spielt, und dann wieder in einem Bereich, der auch noch dazu kommt. Das ist z. B. Technik. Wie kann die Suche nach Lösungen für die Probleme der Welt von heute durch Technik gestaltet werden? Das ist auch wieder eine Transformation, die vielleicht auf einer anderen Ebene stattfindet, aber meiner Meinung nach sehr wichtig ist.

Der **Vertreter der Stadt Magdeburg:** Die zweite Säule: Beteiligung und Begegnung. Es ist deutlich gemacht worden im Eckpunktepapier, dass es wichtig ist, dass der Standort diese Anknüpfungspunkte bietet. Man kann ohne Zweifel sagen, dass Magdeburg sehr viel zu bieten hat, eine große Tradition der Beteiligung der Stadtgesellschaft hat z. B. bei der Einrichtung der Gemeinwesenarbeit in den Stadtteilen. Es sind vielfältige Anknüpfungspunkte. Die Bundesregierung kann sich sicher sein, wenn das Zukunftszentrum nach Magdeburg kommt, dann wird dieser Begegnungs- und Dialogort auf ein sehr lebendiges Umfeld treffen.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Dasselbe gilt auch für den Kulturbereich. Wir haben aufgelistet, welche Strukturen schon vorhanden sind und welche Kooperationspartnerinnen sich anbieten. In diesem Monat ist das Netzwerk freie Kultur, ein Verein, gegründet worden mit einem hauptamtlichen Mitarbeiter, unterstützt durch die Stadt. Also, die Möglichkeiten der Kooperation sind wirklich vielfältig, darüber hinaus aber auch die Infrastruktur. Hervorheben möchte ich unser International House mit integriertem Welcome Service, das sich momentan im Bau befindet und das dann tatsächlich alle Menschen aus nah und fern willkommen heißen wird. Zur Infrastruktur selber brauche ich nicht so viel zu sagen. Sie ist auf jeden Fall ausreichend und bietet tatsächlich Platz für die ungefähr eine Million Besucherinnen, die anvisiert sind für das Zukunftszentrum.

Aber das Allerbeste, glaube ich, haben wir uns für den Schluss aufgehoben; denn es geht ja um den Standort. Es geht darum, welche möglichen Standorte kann die Stadt tatsächlich zur Verfügung stellen, um im Jahr 2027 dieses Zukunftszentrum in der Stadt zu haben. Unser ganz großes Pfund ist, dass wir zwei ganz unterschiedliche Standorte anbieten können. Wir haben einmal den Wissenschaftshafen. Die Geschichte der Transformation gerade für diesen

Bereich haben wir Ihnen schon dargestellt. Wir haben mit dem Wissenschaftshafen natürlich die absolut einmalige, tolle Gelegenheit, mit den Fakultäten der Universität und mit den verschiedenen Forschungseinrichtungen Transformation in der Zukunft vor Ort darstellen zu können.

Der **Vertreter der OvGU:** Vor allem der Wissenschaftshafen ist ein idealtypischer Ort, an dem Transformation passiert ist. Wenn man sich überlegt, wie es vor 20 Jahren aussah, als es noch ein Industriehafen war, als die Speicher dafür gedient haben, Kohle in riesengroßen unterirdischen Bunkern unterzubringen, um sie dann zu Energie zu verarbeiten. Wir als Thinktank sitzen auch in der alten Hafenmeisterei, die sich auch wunderschön entwickelt hat. Mittlerweile ist die Denkfabrik eines der großen Gebäude. Es sind aber mittlerweile auch ganz viele Firmen, die sich angesiedelt haben. Nicht vergessen wollen wir den Forschungscampus Stimulate, für den Medizintechnik eine riesengroße Rolle spielt. Was dort auch passieren wird, ist, dass das Heisenberg-Quartier gebaut wird, d. h., für den zweiten Bereich, also die Begegnung, werden mehr als 5 000 Leute sozusagen angesiedelt, die natürlich alle an diesem Gebäude vorbeikommen oder in der Nähe dieses Gebäudes sein werden. Das heißt, das ist ein ganz besonderer Ort, der selber Transformation für sich in Anspruch nehmen kann.

Der **Vertreter der Stadt Magdeburg:** Das Besondere ist, als zweiten Standort können wir diese zweite Möglichkeit, die ausdrücklich erwähnt worden ist im Eckpunktepapier, nämlich die Umgestaltung eines bedeutenden Bestandsgebäudes auch anbieten. Das wäre unsere zweite Option in Magdeburg, nämlich das Areal der Hermann-Gieseler-Halle, in städtischem Besitz. Das ist ein Baudenkmal der 20er-Jahre-Moderne von Bruno Taut und Göderitz und Krayl entworfen. Sie sehen Innen- und Außenansichten aus der Bauzeit im Jahr 1922. Wir würden uns natürlich wünschen, dass die Halle selber erhalten bleibt als Veranstaltungsort. Das Areal ist groß genug, um dort einen neuen Anbau für die großen Flächen, die es braucht, zu errichten. Also, es gibt zwei Optionen für den Bund.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Mehrere Jahrhunderte in einem schnellen Durchlauf darzustellen und trotzdem den Blick auf die Gegenwart und Zukunft zu werfen, ist eine Herausforderung, aber diese Herausforderung nehmen wir sehr gerne an; denn wir sind der Überzeugung, Magdeburg ist stadtgewordene Transformation.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Ich mache es gemeinsam mit dem Baubeigeordneten Rebenstorf und freue mich, dass ich hier unsere Ideen vortragen kann im Zusammenhang mit dem Zukunftszentrum.

Wir haben unsere Präsentation abgeleitet aus den Kriterien, die bekannt sind. Ich würde wie folgt vortragen.

(Es wird eine Computerpräsentation vorgeführt. Ein Abdruck der Präsentation wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 4** bereitgestellt.)

Sie sehen die drei Bereiche aus der Ausschreibung, die in einer Interaktion miteinander stehen: Begegnung und Dialog, Kultur und Galerie, Wissenschaft und Institut. Wir sind der Überzeugung, dass wir das hervorragend erfüllen, und zwar durch eine zentrale Lage in Mitteleuropa mit internationalen Kontakten nach ganz Europa und durch eine hervorragende verkehrstechnische Anbindung. Das werden wir im Anschluss im Detail darstellen. Dann sind Halle und die Region ein klassisches Gebiet des Strukturwandels, und zwar in der Geschichte, Gegenwart und Zukunft. Ich darf zwei, drei Beispiele nennen, nämlich als Erstes der ganze Strukturwandel, die Transformation im Bereich der Chemie, die bei uns in der Region sehr stark war, und im Übrigen auch die entsprechenden sozialen Auswirkungen insbesondere in Halle, in dem Bereich von Halle-Neustadt.

Der zweite massive Umbruch ist das ganze Thema Kohlenausstieg, der sich in der Region und in Halle abbildet. Der dritte Punkt, auf den ich in diesem Zusammenhang hinweisen möchte, ist die Vereinigung der Städte Halle und Halle-Neustadt. Aus diesem Prozess sind auch verschiedene Transformationen quasi innerstädtisch und kommunal entstanden, die sich auf unterschiedliche Bereiche auswirken und die im Übrigen auch europaweit sehr interessant sind, insbesondere was die städtebauliche Transformation angeht.

Dann haben wir mehr als 500 Jahre Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte. Wir haben den Sitz der Leopoldina, unserer nationalen Akademie der Wissenschaften, und drei Hochschulen. Außerdem sind wir eine Hochburg der Kunst-, Medien- und Kulturszene und Sitz der Bundeskulturstiftung.

Es gibt erfolgreiche Kooperationen und Innovationsorte. Ich nenne unter anderem das Designhaus. Das ist eine Ausgründung der Kunsthochschule Burg Giebichenstein. Dort können kreative Absolventen unserer Kunsthochschule die ersten Schritte machen und sich entsprechend designmäßig und von ihren Vorstellungen her, wie in Zukunft Design auszusehen hat, etablieren und auch in die Stadt und in die Region wirken.

Als weiteres Kürzel: Technologiezentrum. Ich gebe den Querverweis auf den Ihnen bekannten Weinbergcampus. Der Weinbergcampus ist auch ein klassisches Beispiel für Transformation, nämlich von einem Kasernengelände hin zu einem innovativen Standort mit vielen interessanten, zukunftsorientierten Firmen und Existenzgründern.

Wir haben die zentrale Lage in Mitteleuropa mit der Verkehrsinfrastruktur.

René Rebenstorf (Beigeordneter Stadt Halle): Sie sehen einen Ausschnitt aus der Europakarte und die Lage Halles und Leipzigs im mitteldeutschen Raum. Sicherlich, die gesamte Bundesrepublik liegt mitten in Europa. Wenn es um die Ansiedlung eines so interessanten Projektes wie des Zukunftszentrums geht, das den Namen „Europäisches Transformationszentrum“ trägt, dann stellt sich auch die Frage, wie ist die Vernetzung nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb Europas. Historisch betrachtet kreuzten sich einmal in Leipzig in West-Ost-Richtung die Via Regia von Paris nach Warschau und in Nord-Süd-

Richtung die Via Imperii von Stockholm bis Rom. Durch die Weiterentwicklung der Verkehrswege - zuerst kam die Eisenbahn im frühen 19. Jahrhundert hinzu - verschob sich dieses Kreuz schon etwas mehr in Richtung Westen, in den halleschen Hauptbahnhof. Später kamen die Autobahn hinzu - das Schkeuditzer Kreuz, das älteste Autobahnkreuz in Deutschland - und der Flughafen. Also, die großen Infrastrukturen des 19. und 20. Jahrhunderts teilen sich beide Großstädte heute miteinander. Beim Bahnhof muss man klar und deutlich sagen, die schnellen ICEs werden immer über Halle fahren und nicht über Leipzig, da im Deutschlandtakt der Leipziger Hauptbahnhof leider einen Umweg von 20 Minuten für die Deutsche Bahn auf den wichtigen Achsen Berlin - München und Berlin - Frankfurt bedeutet. Daher sind wir als Stadt Halle in der glücklichen Situation mit dem Zukunftszentrum auch eine hervorragende Anbindung an die wohl nachhaltigste Mobilität unserer Zeit, nämlich an die Deutsche Bahn, zu bieten, und zwar einerseits an das Hochgeschwindigkeitsnetz der Deutschen Bahn und andererseits auch an den Regionalverkehr, an die S-Bahn und an die Regionalzüge.

Im Moment ist es so, dass wir umsteigefrei auf der einen Seite Berlin und Hamburg erreichen, auf der anderen Seite Frankfurt und München. Der Deutschlandtakt sieht auch vor, in kürzester Zeit das Rheintal und in Richtung Basel Freiburg im Breisgau und den Südwesten mit Stuttgart zu erreichen.

Wenn man sich die Planungen der Bahn ansieht für den Transeuropaexpress - der alte Name aus der Nachkriegszeit taucht doch wieder auf -, dann kann man davon ausgehen, dass eines Tages Züge, wenn auch nur einzelne, durch den Brenner-Basistunnel bis nach Rom fahren werden und - die Fehmarnbeltquerung unter der Ostsee wird auch seit einigen Jahren gebaut - dass auch Stockholm umsteigefrei erreicht werden kann, wenn die Planungen zum Ende des Jahrzehnts realisiert sein werden. Wir haben den Konzepten des Bundes auch entnommen, eines Tages wird es von Berlin über Halle und Frankfurt wohl auch bis nach Barcelona gehen. Das heißt, mit der nachhaltigen Mobilität der Bahn werden wir von Halle aus umsteigefrei nicht nur die großen Regionen in Deutschland, sondern auch einige interessante Ziele in Europa erreichen können.

Zum Flugverkehr noch - das ist auch ein wichtiger Punkt, den wir gerade in Zeiten des Klimawandels betrachten müssen -: Fliegen auf Kurzstrecken wird sich sicherlich, gerade wenn wir die hervorragenden ICE-Anbindungen haben, eines Tages nicht mehr abbilden lassen. Wir sehen unseren Flughafen eher als Zubringer zu den großen Hubs, um von dort aus wieder zu den entferntesten Punkten Europas zu kommen bzw. um in die ganze Welt reisen zu können. Anders als eine Landeshauptstadt in Bayern, die unbedingt eine Sondertechnologie für mehrere Milliarden brauchte, um in den berühmten 10 Minuten vom Hauptbahnhof zum Flughafen zu fahren, kann ich Ihnen mitteilen, dass Sie in der Stadt Halle bereits seit einigen Jahren mit der traditionellen Radschiene in 10 Minuten umsteigefrei zum Flughafen kommen. Daher ist auch diese Infrastruktur für uns sehr willkommen, wenn es darum geht, nicht

nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch im kulturell-gesellschaftlichen Bereich unsere Stadt entsprechend weiterzuentwickeln.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Dann würde ich sie gern dahin mitnehmen wollen, dass die Stadt Halle ein Zentrum der Transformationsforschung ist. Wir haben alle vier Forschungsgesellschaften in der Stadt. Wir haben die Leopoldina in der Stadt. Wir haben drei Hochschulen in der Stadt. Ich darf auch auf Herrn Prof. H. aufmerksam machen, der sich mit Umbruchserfahrungen beschäftigt und anerkannter Professor und Hochschulgelehrter für diese Fragestellungen ist. Wir haben eine gewachsene und renommierte Struktur an Institutionen, die, europaweit vernetzt, Transformationsforschung betreiben. Dort beschäftigt man sich im Moment mit Fragestellungen für die Zukunft. Darum geht es bei dem Zukunftszentrum, nämlich welche Umbruchserfahrungen hatten und haben die betroffenen Menschen zu bewältigen, wie kann bei krisenhaften Umbrüchen eine Resilienz der Demokratie erfolgen, also, wie wirkt es sich auf unser Gemeinwesen aus, wie ist der gesellschaftliche Zusammenhalt und wie können wir Transformationswissenschaften festigen und erweitern und international aufbauen.

Sie haben auf der Folie noch die entsprechenden Einrichtungen, die zu dem Thema Transformation forschen, also sehr breit gefächert und schon vorhanden. Ich möchte sagen, das Zukunftszentrum wäre quasi kein Ufo, das neu in die Stadt kommt, sondern es fällt auf bereiteten Boden und ergänzt die vorhandene Struktur in Halle perfekt.

Dann sind wir auch eine Hochburg der Kunst-, Medien- und Kulturszene. Es gibt viele interessante Einrichtungen und auch Akteure, eine oppositionelle Bürgerbewegung. Es wird sehr viel kulturell, kreativ und kooperativ begleitet. Wir haben die Bundeskulturstiftung in der Stadt, die Burg Giebichenstein - ich kann es in der Kürze der Zeit gar nicht einzeln aufführen - die Freiraumgalerie, die tatsächlich sehr viel in der Freiraumgestaltung für Quartiere, die von Transformation betroffen sind, macht. Die Ergebnisse und das Zusammenspiel mit den betroffenen Bürgern sind hervorragend und einzigartig. Über die Freiraumgalerie findet eine Identifikation mit Wohnquartieren statt, die es vorher nicht gab. Wir haben natürlich auch im Bereich der kulturellen Einrichtungen die Bühnen Halle und das WUK-Theater, ein freies Theater, das gesellschaftskritische Themen theatermäßig umsetzt. Insofern ist das auch eine entsprechende Untersetzung.

Wir haben das Thema Kommunikation und Medien, das für das Zukunftszentrum sehr wichtig ist. Wir haben das mitteldeutsche Multimediazentrum, das bei filmischen Bearbeitungen führend und anerkannt ist unter großen Produktionsgesellschaften. Wir haben den Werkleitz e. V., der sich auch mit Stadtentwicklungsthemen beschäftigt. Wir haben die Medienanstalt Sachsen-Anhalt in Halle.

Im Bereich Bildung und Begegnung sind natürlich an erster Stelle die Frankeschen Stiftungen zu nennen. Sie stehen auf der Tentativliste des Weltkulturerbes. Es ist natürlich eine interessante Frage, perspektivisch, dass es einmal ein Welterbe quasi für die Menschheit gibt, was

Bildung angeht. Auch hierfür haben wir sehr interessante Ansätze nach Europa und in die ganze Welt aus der geschichtlichen Stellung der Frankeschen Stiftungen.

Letztlich haben wir eine lebendige Zivilgesellschaft. Ich darf beispielhaft die Freiwilligenagentur nennen, die ein breites Angebot hat, bei dem sich für unterschiedliche Lebensbereiche jeder engagieren kann, der sich in unsere Stadtgesellschaft einbringen will. Es ist übrigens eine der größten Agenturen in Ostdeutschland. Wir haben, wie ich finde, auch von den Migrantenorganisationen eine sehr gute Struktur, von der Allianz für Vielfalt. Also auch in der Zivilgesellschaft ist die entsprechende Struktur vorhanden.

Dann kommen wir zum Riebeckplatz. Der Riebeckplatz soll der Ort sein, wo die Stadt Halle das Zukunftszentrum vorsieht, etwa dort, wo „2 min“ steht. Sie sehen kurz zusammengefasst, was den Gästen geboten werden kann, wo sie auch kurze Wege für Unterbringung, Hotelmöglichkeiten haben.

René Rebenstorf (Beigeordneter Stadt Halle): Das städtebauliche Erbe einer Stadt ist im Regelfall ein sehr breit angelegtes Geschichtsbuch. Gebäude, die errichtet wurden, überleben uns grundsätzlich alle, wenn sie nicht zerstört werden. Wir hoffen alle, auch in diesen schwierigen Zeiten, dass der Frieden in Europa bewahrt werden kann. In Halle sieht man sehr deutlich, was passiert, wenn dieses baulich-kulturelle Erbe bis in unsere heutige Zeit überlebt hat. Man sieht die Altstadt, die in sich eine unglaubliche Geschlossenheit bis heute bildet und man sieht natürlich auch den Riebeckplatz. Jeder kennt ihn, der große Verkehrsknoten, die kleine Hochstraße, die darüberführt. Es sind Kinder ihrer Zeit, die in den 60er-Jahren entstanden sind. Es war damals die gebaute Zukunft gewesen, aber diese Zukunft, muss man sagen, hat sich dann in den vergangenen 40, 50 Jahren ein Stück weit überholt. Seit einigen Jahren sind wir dabei, beginnend mit der Straßenbahn, die Neuverlegung, das Aufbrechen des Tunnels, das Beseitigen dieser Angsträume, diese rigorose Trennung in die Verkehrsebenen wieder aufzulösen. Unser Ziel ist es, am Riebeckplatz die europäische Stadt wiederzugewinnen, die Blockrandbebauung, die klare Zuordnung der öffentlichen Räume und vor allen Dingen die enorme Aufwertung der öffentlichen Räume aus der Betrachtung des Fußgängers heraus, was nehme ich wahr, wie nehme ich auch großstädtische Räume wahr. Das hat in der autogerechten Stadt nie funktioniert. Das soll kein Plädoyer gegen das Auto sein, sondern ein Plädoyer dafür, dass das Auto, wenn es notwendig ist, wenn man es in der dicht bebauten Innenstadt braucht, mit der dicht bebauten Innenstadt funktioniert und harmoniert. Aus diesem Grund haben wir uns dafür entschieden, mit dem Riebeckplatz ins Rennen zu gehen, unabhängig von den sehr guten Standortfaktoren wie der Hauptbahnhof, der Luftlinie rund 250 m entfernt ist. Wie ich vorhin ausführte, werden Sie von dem Standort aus in kürzester Zeit nicht nur Deutschland, sondern auch Europa erreichen können. Es ist für uns der Raum, bei dem wir auch sehr weit in der Diskussion mit den Bürgern sind, beginnend im Jahr 2015 unter meinem Vorgänger Herrn S. mit einem klitzekleinen Workshop, was kann man machen, wie kann sich der Raum weiterentwickeln.

Im Städtebau fängt es immer damit an, ich habe einen Plan, ich habe kleine Bauklötze und dann fange ich damit an, Räume zu gestalten. In diesem Prozess, in der Diskussion auch mit der Öffentlichkeit, mit dem Strukturkonzept, das vor drei Jahren vom Stadtrat beschlossen wurde, haben wir uns bereits auf dem Weg gemacht, Ideen für den Raum und auch Nutzungen zu finden. Wir sind mittlerweile schon ein gutes Stück weitergekommen. Es gibt für den gesamten Bereich einen Aufstellungsbeschluss für ein Bebauungsplanverfahren. Das werden auch die entscheidenden Kriterien sein, wenn es um die Bewerbung auf Bundesebene geht. Der Aufstellungsbeschluss signalisiert, dass der Stadtrat gesagt hat, ja, er möchte die Entwicklung. Zusätzlich gibt es im Gesamtaufstellungsbeschluss noch einen Teilbereich, für den wir mit einem zweiten Bebauungsplanverfahren unmittelbar vor der Baurechtschaffung stehen. Nach jetzigem Stand werden wir in der zweiten Jahreshälfte dem Stadtrat den Abwägungsbeschluss und den Satzungsbeschluss vorlegen. Damit ist zumindest auf der planungsrechtlichen Seite die Voraussetzung dafür geschaffen, dass klar ist, wie der Städtebau an dieser Stelle aussehen kann. Das würde dem Bund die Möglichkeit eröffnen, sehr schnell in einen Architekturwettbewerb einzusteigen, was wir als Stadt Halle ausdrücklich begrüßen. So gut wie kein größeres Projekt im Innenstadtbereich haben wir in den letzten Jahren ohne Wettbewerb durchgeführt. Ich kann Ihnen signalisieren, damit sind wir mittlerweile sehr gut auf einer professionellen Ebene unterwegs, was die Organisation und Durchführung von Architektur- und Städtebauwettbewerben anbelangt, aber auch um danach in dem konkreten Fall zum Baurecht zu kommen, sprich im Rahmen des Baugenehmigungsverfahren. Wir sind dabei mittlerweile sehr gut aufgestellt.

Ansonsten vielleicht noch zum Abschluss einen Hinweis zu den roten Punkten. Das sind die Verortungen für die Hotelstandorte. Davon muss eines noch gebaut werden. Das haben wir für nächstes Frühjahr anvisiert. Dazu gab es bereits einen Wettbewerb. Das wird ein Hochhaus mit einer sehr interessanten Fassade werden, die einen rötlich schimmernden Ton haben wird. Wir sind auf einem sehr guten Weg. Sobald das Planungsrecht im Laufe des Jahres da ist, wird es im nächsten Jahr auch losgehen. Ansonsten sieht man noch einmal die Achse in Ost-West-Richtung. Also, im Umkreis von rund 400 m sind im Schnitt dann fünf bis sechs Beherbergungsmöglichkeiten gegeben.

Wir werden mit dem Bürger noch einmal ein vertieftes Gespräch zum öffentlichen Raum in diesem Jahr starten; denn der Bereich Riebeckplatz, aber auch auf der anderen Seite das RAW-Gelände und der Thüringer Bahnhof umfassen insgesamt 100 ha, die wir noch an Innenentwicklung in der Stadt zur Verfügung haben. Es ist immer notwendig, den Bürger sehr frühzeitig einzubinden, sei es über Workshops, sei es über Vorträge, sei es über Rückmeldungen, die wir dann in den Planungen weiter berücksichtigen können. Das Verfahren ist für uns ein kontinuierlicher Prozess, den wir bei so großen städtebaulichen Planungen immer durchführen.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Wir haben jetzt für Sie einen Trailer vorbereitet, um zu zeigen, dass man in Halle nicht nur forscht, sondern auch Transformation kann. Wenn sie den gesehen haben, dann melde ich mich noch mit einer kurzen Schlussbemerkung.

(Es wird ein Videofilm vorgeführt.)

So, das war der Trailer. Jetzt würde ich noch einmal zu dieser Folie kommen, nämlich es geht um eine gemeinsame Bewerbung Halle-Wittenberg. Ein Kriterium ist, dass man regional denkt, dass sich Regionen präsentieren sollen. Ich bin der Auffassung, dass es nicht um Konkurrenz innerhalb des Landes geht, sondern dass wir eine starke Bewerbung als Land Sachsen-Anhalt brauchen, um uns gegenüber den anderen potenziellen Kandidaten zu behaupten. Nach meiner Überzeugung haben wir dann maximalen Erfolg, wenn wir in einem Zusammenschluss von Halle und Wittenberg die geeignetsten Kandidaten finden, und das abgeleitet aus den bekannten 13 Hard Facts. Es wäre ganz wichtig zu sagen, es sind Halle und Wittenberg. In diesem Sinne möchte ich die Präsentation schließen, übrigens auch mit dem Slogan vom Tag der Deutschen Einheit 2021: „Zukunft gemeinsam formen."

Torsten Zugehör (Oberbürgermeister Stadt Wittenberg): Ich habe mir erlaubt, Ihnen ein Handout mit einem entsprechenden Stick auf den Platz zu legen. Aus Respekt vor dem vorgegebenen Zeitfenster dachte ich, man kann hineingucken und sich über die wesentlichen Dinge vielleicht auch innerhalb der Fraktionen austauschen. Der Plan war, dass ich Ihnen einen ca. einminütigen Film zeige. Das sollte anschließen an das, was wir eben von der Stadt Halle (Saale) gesehen haben. Dann würde ich kurz etwas sagen zu den 13 Kriterien, die Ihnen aus der Bundesratsdrucksache bekannt sind, worin entsprechende Anforderungen Stück für Stück definiert werden. Man nähert sich dem ein bisschen an. Zum Abschluss würde ich noch ein paar grundsätzliche Dinge sagen. - Es gelingt nicht. Ich beginne jetzt erst einmal ohne Präsentation.

(Ein Abdruck einer Präsentation der Lutherstadt Wittenberg wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 2** bereitgestellt.)

In der Bundesratsdrucksache liegen Ihnen 13 Punkte vor. Das sind die Faktoren. Ich glaube, es ist für Sie wenig überraschend, dass Wittenberg im Osten liegt. Es ist ganz entscheidend, dass wir uns an diesen 13 Punkten abarbeiten. So war das auch vorgesehen, weil wir glauben, das wird in Zukunft auch das Herzstück einer Ausschreibung sein, die zum heutigen Tag einfach noch nicht vorliegt.

Wir sind alle gerade als Bewerberstädte dabei, den Speer in den Nebel zu werfen und zu gucken, woran wir uns orientieren können. Die Erfahrung zeigt es - das, was die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit" erarbeitet hat, dieser lange Arbeitsbericht, ist als Destillat ist das eingegangen, was der Staatsminister Schneider präsentiert hat, mit den 13 Punkten -, wir gehen alle davon aus, dass das auch die Ausschreibungskriterien sein werden.

Direkt zu Wittenberg: Der Ausgangspunkt - daran möchte ich erinnern - war - als man damals die Arbeitsgruppe gegründet hat, ist man auf die Idee gekommen, wir müssen uns 30 Jahre nach der friedlichen Revolution dem Thema zuwenden und das in den Kontext der Zukunft in Europa stellen -, wie gehen wir eigentlich mit dieser Historie um, wie führen wir sie in die Zukunft und wo machen wir das. Die Ausgangsidee war - daran will ich erinnern -, wir - entschuldigen Sie, dass ich es im Ausschuss so salopp sage - gehen mitten in die Pampa. Das war die Ausgangsidee. So ist man damals gestartet, wir gehen in einen - ich formuliere es etwas vornehmer - strukturschwachen Raum, wir gehen in den ländlichen Raum. Dort gibt es Entwicklungsbedarf. Es gab Anfang der 90er-Jahre auch einen entsprechenden Bundestagsbeschluss. Darin ging es auch um die Neuansiedlung von Institutionen, von Behörden; sie gehen alle in die neuen Länder. Dieser Beschluss wurde nicht so wirklich umgesetzt. Dann hat man sich überlegt, wir nehmen einen neuen Anlauf. Das ist das mit dem Zukunftszentrum, wir gehen dorthin.

Dann hat man - ich bin ganz ehrlich - natürlich festgestellt, wenn man wirklich in die Peripherie geht, wenn man dahingeht, wo ganz viel Umgebung und Landschaft sind, dann ist das auch schwierig mit Wissenschaftseinrichtungen und damit, wie kommen die Leute dorthin, weil: Wir dürfen nicht den Fehler machen zu sagen, das ist nur ein Zukunftszentrum für uns im Osten. Wir müssen auch daran denken, dass auch die Schulklasse aus Wuppertal oder Erkenschwick auch in das Zukunftszentrum nach Wittenberg, Halle, Magdeburg fahren soll. Das ist das Entscheidende. Man hat sich dann überlegt, es ist schwierig mit den Kriterien, also brauchen wir auch die gute Erreichbarkeit. Das können wir in Wittenberg genauso bieten. Wir sind in der ICE-Anbindung sehr gut. Wir liegen zwischen den Metropolen. Wir liegen im Herzen zwischen Berlin, Potsdam, Magdeburg, Halle und Leipzig. Das führt uns auch dazu, wenn wir sagen, ja, selbstverständlich haben wir nicht die großen Wissenschaftseinrichtungen in unserer Stadt, aber wir sind historisch über die Leucorea sehr eng mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verbunden, und nicht nur das, sondern wenn Sie die ICE-Anbindung nehmen, wenn Sie die Autobahnanbindung nehmen, dann sind wir natürlich im Herzen auch sehr eng verbunden mit der Universität Leipzig, mit der Universität Potsdam, mit der Freien Universität Berlin und mit der Humboldt-Universität. Das ist alles, was man mit einem ICE von unserer Lutherstadt Wittenberg aus in 30 Minuten erreichen kann.

Ich will auch betonen, wenn man dann schaut und sagt, wie ist der Bedarf, die Strukturentwicklung. Wir befinden uns in Sachsen Anhalt ganz im Osten. Wir sind an der Landesgrenze zu Sachsen, wir sind an der Landesgrenze zu Brandenburg. Es gibt einen ganz großen Bedarf, sich natürlich in der Struktur zu entwickeln. Das, was kleine Städte in diesen Regionen so unglaublich starkmacht, ist auch diese Verbindung in die Region hinein. Das ist das Forum Rathenau, das ist das Bauhaus, das ist das Wittenberg-Zentrum für globale Ethik. Das sind auch die Stiftung Luther-Gedenkstätten, die Evangelische Akademie. Das sind die Institutionen, die nicht nur bei uns, in unserer Stadt, im Kleinen für uns wirken, sondern natürlich auch deutlich über die Grenzen hinaus strahlen.

Zur Sache mit den Hotels, Freizeitangeboten: Ich kann Sie nur herzlich einladen für den 10. bis 12. Juni: Luthers Hochzeit, nach langer Zeit der Pandemie wieder in Wittenberg. Wenn Sie das einmal erleben und für drei Tage in die damalige Zeit eintauchen, dann werden Sie sofort erkennen, welches Kulturangebot, welches Flair, welche Identität, welche DNA Sie in unserer Stadt erleben können. Darauf will ich jetzt verzichten.

Ich will zu einem weiteren Kernpunkt kommen. Das ist natürlich das Grundstück. Wir sind aus der Historie, wie erwähnt, sehr eng mit der Leucorea mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg verbunden und haben dort auch im Stadtzentrum, genau an diesem Standort, Entwicklungsbedarf. Dort befinden sich Flächen. Sie befinden sich zum Teil schon in städtischer Hand. Es gibt auch Gespräche mit dem Landkreis und mit der SALEG, wie wir diese vor dem Hintergrund eines Zukunftszentrums entwickeln können.

Lassen Sie mich an der Stelle bitte einen Schnitt machen. Ich komme zurück auf den Ausgangspunkt. Ich würde gerne auf diesen Punkt zurückkommen und Ihnen erklären, 30 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit, was in dieser Arbeitsgruppe besprochen wurde. Es ist immer wieder von gleichwertigen Lebensverhältnissen die Rede. Wir reden von Stadt und Land. Ich sage Ihnen erstens, was man will, und zweitens, was man nicht will. Erstens. Man will in einer bestimmten Region durch ein Zukunftszentrum Impulse setzen, damit sie sich auch in Zukunft entwickeln kann. Zweitens. Was man nicht will, ist, einer Torte noch die Kirsche aufzusetzen. Das will man natürlich nicht. Das war nicht die Idee. Es geht nicht darum, wie bei einer Bewerbung in einen Lebenslauf zu gucken, was hat der Kollege schon alles gemacht und warum ist die Kollegin oder der Kollege ein wahnsinnig toller Hecht und wollen wir ihn haben. Die Frage ist, welches Potenzial darin schlummert, was können wir herausholen und wie können wir das für die Zukunft entwickeln. Das ist die Idee eines Zukunftszentrums. Ansonsten wäre auch der Titel falsch. Das ist das, warum wir uns als Wittenberg wünschen, dass wir die Berücksichtigung finden, dass wir im Zentrum von Sachsen-Anhalt, im Zentrum der neuen Länder, auch im Zentrum Deutschlands das größte Potenzial sehen.

Aber, ich bin ganz ehrlich, wir sind als Wittenberger nicht größenwahnsinnig. Wir wissen natürlich - und das haben auch die Mitglieder der Arbeitsgruppe entdeckt -, es gibt nicht die eierlegende Wollmilchsau. Es gibt nicht die hervorragend europaweit vernetzte Wissenschaftseinrichtung und Hochschule, die sich mitten in der Peripherie befindet und trotzdem gut erreichbar ist. Deswegen hat man die Kriterien ja auch Stück für Stück aufgeweicht. Man hat ja daran gearbeitet. Man hat erkannt, wir wollen strukturschwache Regionen, wir wollen Entwicklungspotenzial, wir wollen aber auch Erreichbarkeit und wir wollen z. B. Hochschulen nicht unbedingt in der Stadt, aber in der Nähe haben. Ansonsten würden wir von vornherein Städte, die der Ursprungsidee entsprachen, ausschließen. Deswegen glauben wir, dass eine Gemeinschaftsbewerbung die größten Chancen bietet. Das ist auch die Idee z. B. von Frankfurt (Oder) mit Slubice.

Ich will mich nicht über Frankfurt äußern, die schon Wochen vorher wussten, wie die Zukunftskriterien aussehen. Die Internetseite der Stadt Frankfurt war offensichtlich die Grundlage für die vorliegende Bundesratsdrucksache. Das ist deren Geschichte. Wir müssen extrem aufholen, weil sie glauben mit Stadtratsbeschlüssen, die sich auf einen Betrag von einer halben Million Euro belaufen, mit der normativen Kraft des Faktischen das Bewerbungsverfahren entscheiden zu können. Ich glaube, dass es eine Gemeinschaftsbewerbung braucht. Das hat übrigens auch Leipzig erkannt, die sich mit Plauen das Label des ländlichen Raumes anheften wollen. Das ist, glaube ich, nicht der richtige Ansatz. Es geht darum, dass wir sagen, welche Stärken hat Wittenberg. Wir haben in der Geschichte Transformation schon zigfach erlebt und merken es bis heute. Es geht um die Reformation. Wir waren Garnisonsstadt. Wir sind entfestigt worden. Wir haben den Universitätsstandort damals verloren. Bis heute haben wir die Nachwirkungen der Konversionsflächen nach dem Abzug der Roten Armee, der russischen Armee in Wittenberg. Das sind alles Dinge, die wir immer wieder als Stadt erleben und die bis heute fortwirken. Wir wünschen uns, dass wir das gemeinsam mit der Stadt Halle auf dem Weg bringen und dass wir diese Stärken, die wir jeweils haben, in einer Entfernung, mit dem Zug, von einer halben Stunde miteinander verbinden können. Das ist unser Traum, das ist das, was wir anbieten können, das ist das, was wir uns von Ihnen wünschen, das ist das, was wir uns in naher Zukunft auch vom Land wünschen.

Wenn wir ganz ehrlich sind, wir haben den Antrag der Fraktion. Es geht um 50 000 € und diese Unterstützung. Das muss noch vom Landtag entschieden werden. Nach den Kriterien, die uns vorliegen, braucht es ein klares Commitment. Das ist ein ausgewiesener Punkt in den 13 Kriterien. Wenn wir das nicht bekommen, ein klares Bekenntnis, dann brauchen wir in Berlin überhaupt nicht anzutreten. Natürlich sind wir in Sachsen-Anhalt auch im Wettbewerb, aber grundsätzlich stehen wir im Wettbewerb zu den anderen Bundesländern. Ein solches Zentrum inmitten der neuen Länder, in der Bundesrepublik - es wäre eine verlorene Chance, wenn wir als Land Sachsen-Anhalt nicht wenigstens mit antreten.

Ich will noch eines sagen, warum wir hier getrennt auftreten. Wir kennen bis heute die Ausschreibungskriterien aus Berlin nicht. Insofern ist es klug, diese abzuwarten und dann gemeinsam als Halle und Wittenberg ins Rennen zu gehen, dann zusammenzufügen, was wir haben. Ich glaube, der Präsentation der Stadt Halle und meinen Worten konnten Sie das entnehmen.

Abg. Olaf Meister (GRÜNE): Alle drei sind offensichtlich sehr engagiert. Es ist schön, dass Sachsen-Anhalt solch eine Vielfalt hat. Man hat selber eigene Präferenzen. Das ergibt sich manchmal aus dem Heimatort heraus. Diese stelle ich aber hinten an. Ich meine, es ist ganz erfreulich, dass wir das nicht entscheiden müssen, sondern dass es tatsächlich auf Bundesebene entschieden wird. Ich staune ein bisschen - das habe ich in den beiden letzten Vorträgen gehört -, dass man in eine Richtung geht, es muss eine Bewerbung sein. Das habe ich dem bisher so nicht entnommen. Das war auch bei der Kulturhauptstadtbewerbung nicht der Fall. Mich würde interessieren, woher das kommt.

Ich möchte dazu sagen, das hat natürlich eine entscheidende Gefahr, weil die Bewerbungen, die wir haben, haben offensichtlich unterschiedliche Stärken und Schwächen. Ein Punkt ist zum Beispiel, wie die Innenstadt aussieht. Eine historische Altstadt ist, glaube ich, in diesem Transformationsprozess eher ein Nachteil. Transformation bildet sich ab. Mit einer pittoresken Innenstadt zu kommen, ist eine Last für die Bewerbung, weil man auf Bundesebene möglicherweise anderes erwartet. Dicht an einer Kohlenregion zu sein, die gerade im Wandel ist, ist eine Stärke. Wenn ich einmal die Südregion und die Nordregion sehe, dann sind das Stärken und Schwächen. Man kann eines davon ausschalten. Was sich am Ende auf Bundesebene durchsetzen wird, ist völlig offen. Deswegen finde ich es bedenklich, wenn man in diese Richtung gehen wollte. Die eine Frage ist, woher kommt das, highlandermäßig, es kann nur einen geben.

Die andere Frage wäre, Einbeziehung des Umlandes. Tatsächlich findet Transformation momentan ja auch insbesondere im ländlichen Raum statt. Die Landwirtschaft hat sich radikal verändert und wird es auch noch tun. Das würde mich bei Magdeburg interessieren, was sind die Gedanken, um diese Geschichte mit einzubeziehen.

Bei Halle-Wittenberg, auch darauf abzielend, habe ich nicht verstanden, was diese Doppelbewerbung kann. Also, bei Frankfurt (Oder) ist es klar, ich gehe über einen Fluss und bin in der anderen Stadt, in der polnischen Stadt. Wittenberg liegt nicht auf der anderen Flussseite. Es ist ein bisschen mehr Platz dazwischen, sage ich einmal vorsichtig. Es würde mich interessieren, wie man es tatsächlich zu einem einheitlichen Komplex machen will, ohne nur eine Koalition zu haben für den Moment. Das hilft im Bewerbungsverfahren nicht wirklich weiter.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Zu der Frage, ob sich mehrere Städte bewerben können. Es ist so, in der Drucksache des Bundestags ist immer die Rede davon: „die Kommune“, „die Kommune“, „die Kommune“. „Die Bewerbung der Kommune wird durch das jeweilige Bundesland unterstützt.“ Das heißt, jedes Bundesland - das ist auch die allgemeine Lesart - kann nur eine Bewerbung ins Rennen schicken.

Was die Frage mit Wittenberg angeht - der Oberbürgermeister kann mich gern ergänzen -, ich finde, wir haben einen zentralen Verknüpfungspunkt durch die Geschichte unserer Universität. Es ist, was Hochschule angeht, Transformation passiert, die übrigens bis heute nachwirkt. Die Frage nach Wissenschaft ist einer der zentralen Bereiche in diesem Ausschreibungsverfahren, d. h. also, besser geht eine Verknüpfung nicht herzustellen.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Es wird tatsächlich derzeit noch nicht ganz konkret formuliert, aber die Lesart gibt es her, insbesondere weil auch die Unterstützung des Landes eingefordert wird, dass es wohl auf eine Bewerbung hinauslaufen wird, wobei es tatsächlich noch nicht bestätigt ist, aber der Aspekt, den die Kollegen genannt haben, mit Frankfurt/Oder, das muss man auf jeden Fall im Blick behalten.

Ja, Transformation, Herr Meister hat es gerade gesagt, das Altstadtbild oder das Umfeld, Kohleausstieg. Ich glaube, wir alle, die wir hier heute präsentieren, befinden uns wirklich in sehr massiven Transformationsprozessen. Im Süden ist es der Kohleausstieg. Wir haben hier in Magdeburg natürlich auch mit der Ansiedlung von Intel wieder einen echten Transformationsprozess zu bewältigen. Wir sprechen über etwas, was das Drei- bis Vierfache von Tesla in Brandenburg ist. Also, das ist Transformation vom Mittelalter bis in die Zukunft hinein. Sie wird sich auch auf unser Umland auswirken. Genau deswegen ist es ganz wichtig, dass wir unser Umland mitnehmen. Stendal ist das eine, aber das geht auch weiter, was wir im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung schon initiiert haben, mit der Region, für das nördliche Sachsen Anhalt mit dem Jerichower Land, mit dem Salzlandkreis usw. usf. Auch diese Bezüge sind gegeben. Ein Gang durch die Stadt zeigt, wo es angefangen hat und wie es weitergehen wird.

Abg. Olaf Meister (GRÜNE): Nur zur Erläuterung dieses Punktes 9. Ich war relativ früh in der Diskussion beteiligt, als es um die Frage ging, Kommunen und wie müssen sie von ihrem Land unterstützt werden. Das Papier ist aus der Sicht einer Kommune geschrieben. Also, eine Kommune bewirbt sich. Es bewirbt sich ja kein Bundesland, es bewirbt sich eine Kommune. Deswegen: „die Kommune“. Sie braucht dann die Unterstützung ihres Landes. Das heißt aber nicht, dass ein Land nicht mehrere Kommunen ins Rennen schicken könnte. Ich finde das nicht überzeugend. Es würde mich überraschen, wenn es der Bund tatsächlich anders entscheiden würde. Wir haben aber den Antrag gestellt, tatsächlich 50 000 € bereitzustellen - beispielgebend ist Sachsen - und wollen ein möglichst breites Feld an qualitativ guten Bewerbungen haben, um eine Chance zu haben.

Abg. Andreas Silbersack (FDP): Ich glaube, es geht nicht um die Frage des akademischen Auseinandersetzens, sondern um die Frage des Erfolges in dem gesamten Wettbewerb, Herr Kollege Meister. Es geht darum, dass es einen offensichtlichen Favoriten gibt. Der heißt Frankfurt an der Oder. Wenn wir eine Chance in der Sache haben wollen, dann muss sich dieses Land bekennen, und zwar deutlich und kraftvoll. Es bringt uns relativ wenig, wenn wir sozusagen mehrgliedrig mit verschiedenen Kommunen auftreten, sondern wir müssen uns, wenn wir eine Chance haben wollen, einfach bekennen, auch wenn uns das in diesem Land immer schwerfällt, und das möglichst im Einvernehmen aller Beteiligten.

Ein Ansatz, mit dem man Frankfurt an der Oder vielleicht noch ein Stück weit gut Konkurrenz machen könnte, wäre die Fragestellung, wie bekomme ich jährlich bis zu einer Million Besucher in eine Stadt, in einer Region. Dazu würde mich bei den Bewerbern die Frage interessieren bzw. dazu hätte ich gern eine Aussage, wie man es sich vorstellt; denn eine Million Besucher pro Jahr sind kein Pappenstiel. Das wird sich auch Frankfurt (Oder) genau überlegen müssen. Wenn wir mit einem unserer Antragsteller in dieser Hinsicht überzeugen könnten, dann, glaube ich, ist das ein begründetes Argument, um in die Offensive gehen zu können.

Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE): Als jemand, der emotional nicht so ganz verortet ist im Gegensatz zu meinen beiden Vorrednern, habe ich eine Frage zu der Bewerbung von Halle und Wittenberg. Ich habe schon gehört, was beide verbindet. Am Ende des Tages muss man neben der Prosa aber eine Entscheidung treffen. Der Bürgermeister von Halle will das Ding auf dem Riebeckplatz haben und der Oberbürgermeister von Wittenberg will es entweder am Bahnhof oder im Stadtzentrum haben, aber nicht in Halle, sondern in Wittenberg. Ich gehe jetzt davon aus, dass sich der Bund nicht auf zwei Standorte einigen wird, sondern es wird entweder dorthin oder dorthin kommen. Ich habe es so verstanden, dass sich beide Städte sozusagen gemeinsam bewerben. Wo soll es dann aber hinkommen? Ich frage einmal, bekomme ich von beiden Bürgermeistern die gleiche Antwort oder unterschiedliche Antworten. Das würde mich noch interessieren.

Torsten Zugehör (Oberbürgermeister Stadt Wittenberg): Ich will chronologisch anfangen. Das Verfahren, das wir hier erleben, ist nicht Sachsen, sondern eher Thüringen, weil dort die Städte Jena, Eisenach und Mühlhausen mit einer entsprechenden Partnergemeinde ihren Hut in den Ring geworfen haben. Dort möchte dann auch der Freistaat Thüringen aus dem internen Bewerbungsverfahren heraus mit einer Bewerbung nach Berlin gehen.

Was die Kapazitäten anbelangt, eine Million Gäste zu empfangen: Ich glaube, die Stadt Halle hat natürlich mehr Kapazitäten als Wittenberg. Dass wir auch damit umgehen können, haben wir während der Zeit des Reformationsjubiläums bewiesen. Wir sind darin auch hineingewachsen. Das ist auch der Ansatz gewesen, dass wir in einem Jahr wie 2017, in dem wir in dieser Größenordnung Besucher in unserer Stadt hatten, in die Region strahlen. Auch Städte wie Dessau als Bauhausstadt haben davon deutlich profitiert, weil die Belegung der Hotels in Dessau in diesem Jahr um 20 % in die Höhe gegangen ist. Also, das ist etwas, wobei wir sagen, wir müssen gucken, wer ist die Zielgruppe. Wir wollen ja gerade die Region stärken. Das ist ja auch eine Bedingung des Ausschreibungsverfahrens. Man soll nicht nur isoliert auf die Stadt schauen, sondern es geht um die Region. Das ist das, was wir als Bewerbung natürlich auch ernst genommen haben. Wenn wir hineingehen, gemeinsam mit Halle - wir müssen den Ausschreibungstext abwarten -, dann wissen wir selbstverständlich, dass es Baumaßnahmen zum größten Teil in Halle, am Ribbeckplatz geben wird. Aber wir bleiben dabei, wir gehen natürlich mit der Universität Halle-Wittenberg fest davon aus, dass sich auch in Wittenberg entsprechende Dinge entwickeln werden.

Ich bringe es einmal auf den Punkt. Bisweilen hat man das Gefühl beim Begriff „Universität Halle-Wittenberg“, das Wort „Wittenberg“ steht auf der nächsten Seite, wenn man sie umgeblättert hat; wir sind das Lametta, mit dem man sich aus der Geschichte heraus schmückt. Das wollen wir in Zukunft natürlich ändern, wollen das leben und gehen davon aus, dass es an beiden Standorten eine bauliche Entwicklung geben wird. In diesem Fall wissen wir dann wahrscheinlich, nach dem jetzigen Stand gehen wir davon aus, dass das Prä der großen Baumaßnahme wahrscheinlich in Halle sein wird - jetziger Stand. Wenn sich Berlin anders entscheidet und sagt, es ist extrem wichtig, den ländlichen Raum zu stärken, dann werden

wir natürlich mit Halle gucken müssen und müsste die „MZ“ noch eine neue Überschrift schreiben: „Halle hilft Wittenberg.“

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Die Frage eine Million Besucherinnen und Besucher: Wir hatten sozusagen schon unsere Überprüfung im Zuge der Kulturhauptstadtbewerbung; denn wir mussten darlegen, dass wir in der Lage dazu sind, in einem Jahr weit mehr als eine Million Besucherinnen und Besucher beherbergen zu können. Insofern ist das eigentlich schon gecheckt.

Die Infrastruktur ist da. Ich will bei der Infrastruktur wirklich darauf hinweisen, dass wir als am weitesten westlich gelegene ostdeutsche Stadt natürlich einen Bezug nach Westdeutschland haben, aber als ostdeutsche Stadt natürlich auch den Bezug gen Europa sehr gut darstellen können.

Aber es ist nicht nur eine Frage der Infrastruktur. Es ist auch eine Frage der Attraktivität des Zukunftszentrums. Ja, jede deutsche Schulklasse soll einmal in ihrer Schullaufbahn in diesem Zukunftszentrum gewesen sein. Aber wir wollen ja auch noch mehr, wenn wir tatsächlich eine Million Besucherinnen und Besucher hierhin bringen wollen. Ich glaube, dass wir als Stadt, eine Stadt, die sich so dermaßen im Umbruch befindet und dadurch so spannend ist und die mit dem kulturellen, infrastrukturellen Angebot, das wir haben, aber auch mit den vielen anderen Dingen, die wir Ihnen in der Präsentation gezeigt haben, absolut attraktiv sind für Besucherinnen und Besucher. Die steigenden Zahlen vor der Pandemie und auch jetzt wieder haben das auch bewiesen.

Letztendlich - vielleicht noch einmal zu der Frage, sind es zwei Standorte eines Bewerbers - will ich noch einmal darauf hinweisen, was ein absolutes Pfund ist, weil ich dem zustimme. Ich glaube, die Konkurrenzsituation ist gar nicht untereinander die stärkste, sondern besteht tatsächlich gegenüber Frankfurt (Oder). Deswegen muss man mit einem überzeugenden Konzept und mit einem wirklichen Bekenntnis dort antreten, um in Konkurrenz zu Frankfurt (Oder) zu treten. Dabei ist es wirklich ein Pfund, dass wir der Bundesregierung, die letztendlich auch Bauträgerin ist - der ganze Wettbewerb und alles, was das Bauliche angeht, soll ja auch in Bundeshand bleiben; wir müssen Standorte vorlegen, die eine Baureife haben, damit das Ganze bis zum Jahr 2027 umgesetzt werden kann - zwei ganz unterschiedliche, aber sehr charmante Angebote in einer Stadt machen können, in städtischer Hand.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Ich möchte diese Frage nach der einen Million Besucher ergänzen. Es ist natürlich eine sehr große Zahl. Es gibt zwei Museen bzw. Einrichtungen in Deutschland, die etwa diese Größenordnung haben. Das ist die Museumsinsel in Berlin und das Deutsche Museum in München, damit man sich vorstellen kann, in welcher Liga das Zukunftszentrum spielt. Darum ist es wichtig, dass man als Land darum kämpft, vor allen Dingen dann, wenn man dafür hervorragende Voraussetzungen hat. Diese eine Million, die kommen sollen: Ich stelle mir Schulklassen aus ganz Europa vor. Dabei geht es vor allen Dingen auch um die Erreichbarkeit. Wenn ich das mit den harten Kriterien abgleiche mit Frank-

furt (Oder), dann weiß ich nicht, wie eine Million, also bis zu eine Million Besucher quasi in einem angemessenen Zeitraum Frankfurt (Oder) erreichen sollen. Das ist zum Beispiel ein Pfund, das klar für Halle und Wittenberg spricht. Das sollte man auch nutzen.

Es ist auch wichtig, dass wir uns jetzt hier im Land verständigen und bekennen, weil alle drei haben schlicht und einfach in der Öffentlichkeit das Wahrnehmungsproblem. Das heißt, niemand hat uns auf dem Zettel, aber Frankfurt (Oder) erweckt dadurch, dass dort im Land die Entscheidung klar ist, den Eindruck, das sei alles schon durch, das sei alles schon klar, also auch auf der Bundesebene durch und klar. So wird es im Moment vermittelt. Wenn man jetzt diese harten Fakten miteinander abgleicht, dann möchte ich zumindest behaupten, dass wir ein richtig guter, fundierter, qualitativer Geheimtipp sind, der jetzt nach oben muss, der in die Öffentlichkeit muss durch das Bekenntnis des Landes. Dann können wir auch diese Themen und Ideen, die wir haben, ganz anders in der Öffentlichkeit kommunizieren, ganz anders in den politischen Raum kommunizieren. Das heißt, das bringt uns inhaltlich tatsächlich noch einmal extrem nach vorne.

Abg. Heide Richter-Airijoki (SPD): Ich habe eine Frage an Frau Stieler-Hinz. Sie erwähnten in diesem wirklich sehr spannenden gemeinsamen Vortrag zu Magdeburg auch das Zukunftszentrum für digitale Arbeit, das sich schon in Magdeburg befindet. Dazu kann man ja Bezüge sehen, also die digitale Entwicklung, Transformation, dazu gibt es durchaus Bezüge und man wünscht sich Kooperationen und Synergien. Überhaupt denke ich, dass eine Zusammenarbeit zwischen Zukunftszentren, die vom Bund gefördert werden, sehr wichtig sein wird für dieses Zentrum für Transformation. Dazu möchte ich fragen, sehen Sie denn die Zusammenarbeit dieses schon bestehenden Zukunftszentrums für digitale Arbeit mit dem künftigen Zukunftszentrum für Transformation eng daran geknüpft, dass dieses neue Zukunftszentrum dann auch in Magdeburg ist, oder könnten Sie sich auch vorstellen, dass es standortübergreifend eine enge Zusammenarbeit gibt.

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Ich glaube tatsächlich, diese vielfältigen Einrichtungen, die wir Ihnen vorhin präsentiert haben, dieses breite Bekenntnis, als wir wirklich erst einmal nonchalant angefragt haben, wer wäre bereit dazu, ins Rathaus zu kommen und sich gemeinsam mit uns Gedanken darüber zu machen, wie solche Verknüpfungen aussehen können, nicht nur innerhalb Magdeburgs, sondern darüber hinausgehend. Ich muss Ihnen sagen, ich war davon tatsächlich geplättet. Wir hatten mehr als 20 Teilnehmerinnen aus den verschiedensten Bereichen, aus den verschiedensten Disziplinen und Fakultäten.

Es war auch für unsere Beteiligungs- und Verbundausstellung „Feeling East - Leben im Osten“ eine fruchtbare Zusammenarbeit, dieses interdisziplinäre, und dann auch mit diesem Institut. Wir haben so vieles herausgefunden, von dem man tatsächlich keine Kenntnis hatte und wo wir wirklich solch einen schlafenden Riesen haben gerade in diesem Bereich, weil es eine lange Tradition hat und sich weiterentwickelt. Derzeit wird an einem Buch gearbeitet

über die Zuwanderung im Osten und die Arbeitskräfte, die hier verortet waren. Also, es gibt so viele Punkte, bei denen es sich geradezu anbietet. Wie immer es ausgehen wird, wir werden es weiter fortsetzen. Das ist keine Frage, aber natürlich wäre es schön, wenn sich alles zentrieren könnte rund um ein Zukunftszentrum für deutsche Einheit und Transformationsgeschichte.

Abg. Heide Richter-Airijoki (SPD): Aber auch standortübergreifend?

Regina-Dolores Stieler-Hinz (Beigeordnete Stadt Magdeburg): Absolut, standortübergreifend. Wir hatten selbst aus Marienborn und aus der Gedenkstätte Moritzplatz etc., also, alle Menschen, die sich mit Transformation wissenschaftlich beschäftigen, sind tatsächlich zusammengekommen und unterstützen unser Projekt.

Der **Vertreter der Stadt Magdeburg:** Wir haben Transformation sehr weit gefasst. Wir haben in unserem Unterstützerkreis auch das UFZ, das Umweltforschungszentrum. Die Frage nach Transformation betrifft ja nicht nur die Gesellschaft. Wir werden auch Umwelttransformationen als Herausforderungen der Umweltveränderungen bewältigen müssen. Wir haben auch unsere Forschungseinrichtungen für Neuroforschung mit im Boot, weil die Frage nach dem demografischen Wandel und nach der Transformation der Gesellschaft auch eine Frage ist. Wir wissen ja noch gar nicht, wie weit das gefasst wird - wir reden ja immer darüber, dass wir ein Angebot für eine Bundeseinrichtung machen müssen -, was sich der Bund darunter vorstellt und wie er es ausgestaltet. Es gab kürzlich eine Diskussion, dass dazu aufgerufen wurde, man müsse es mit dem Krieg europäischer denken. Wir wissen es letztlich aber noch nicht. Wir können nur darstellen, welche Anknüpfungspunkte sich bieten würden. Wie der Bund davon Gebrauch macht, das ist eine andere Frage. Ein Punkt ist vielleicht, dass man sicher davon ausgehen muss, dass Professuren untergebracht werden sollen. Dazu muss auf jeden Fall eine Universität oder eine Hochschule vorhanden sein. Es geht um die Vielfältigkeit der Anknüpfungsmöglichkeiten. Ich glaube, dabei hat Magdeburg sehr viel zu bieten.

Egbert Geier (Bürgermeister Stadt Halle): Ich möchte die Anfrage ergänzen. Bei uns ist es so, dass etwa seit einem halben Jahr 60 Personen aus unterschiedlichen Kreisen quasi im Hintergrund die inhaltliche Thematik auf der Grundlage der jetzt bekannten Kriterien erarbeiten. Ich glaube schon - das ist auch dieser Regionalgedanke -, wenn quasi der offizielle Bewerber im Land bekannt ist, dann entsteht natürlich noch einmal ein ganz anderer regionaler Bezug, und zwar offiziell. Also, das heißt am Beispiel Halle. Wenn Chemie Transformation ist, dann wird irgendwann natürlich auch Leuna interessant. Das heißt, man bekommt dann im Prinzip die Fahrt, die man auch für dieses Thema braucht.

Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE): Herr Zugehör, Sie haben sehr deutlich sozusagen auf diese Grundidee Bezug genommen, ländlicher Raum, strukturschwache Region usw. usf. Wir befinden uns nur alle in einem Dilemma: Es gibt im Grunde genommen zwei Anforderungsprofile. Erstens, die Region soll schwach sein, und zweitens, sie soll eine Million Besucher beherrschen und die Leute ganz schnell herankriegen. Also, im ersten Teil wird das gefordert

und im zweiten Teil wird gefordert, ihr müsst die super modernste Metropole sein, in der alles funktioniert. Man kann sozusagen im Kaffeesatz lesen, was beim Bund am Ende tatsächlich entscheidet. Ich sage jetzt einmal, eine von beiden Anforderungen wird man vergessen müssen, weil es Quatsch ist. Darüber ist aber lange genug beraten worden, um dann so einen Blödsinn aufzuschreiben. Wir haben jetzt die Situation, wir müssen praktisch antizipieren, was ausschlaggebend sein wird. Ich will auf diese Geschichte nur hinweisen.

Vielleicht der letzte Satz von mir. Ich habe auch das Gefühl, wir brauchen uns nicht semantisch damit auseinanderzusetzen, was mit Plural und Singular gemeint ist. Ich glaube, auch vor dem Hintergrund, dass Frankfurt (Oder) in vielen Köpfen gesetzt zu sein scheint, dass wir nur eine Chance haben, wenn das Land sagt, die und nur die bekommen explizit unsere Unterstützung. Mehr Freunde macht man sich, wenn alle Geld kriegen. Wir wissen aber, dass damit gar nichts erreicht und es dann Frankfurt würde. Ich glaube, für uns ist die Situation so, dass wir uns besser entscheiden sollten. Das ist ehrlicher, auch wenn man sich dadurch unbeliebter macht.

Abg. Tobias Rausch (AfD): Letztlich kann es nur einer werden für Sachsen-Anhalt. Wir denken nach der Vorstellung, dass die Stadt Halle wahrscheinlich die besten Chancen hat. Sie hat meiner Meinung nach auch die beste Bewerbung abgegeben. Warum allerdings Wittenberg mit dabei ist, erschließt sich mir nicht wirklich, wenn ich ehrlich bin. Ich habe versucht, es auf der Karte nachzuvollziehen. Die Stadt Magdeburg ist genauso gut mit dem Auto zu erreichen, in gleicher Zeit, wie die Stadt Wittenberg, laut Google Maps auf jeden Fall. Das heißt, ich würde gern noch einmal erläutert bekommen, was Sie sich von dieser Partnerschaft, einer gemeinschaftlichen Bewerbung erhoffen, was der Vorteil wäre. Wenn ich ein Mitspracherecht hätte, dann hätte ich es gut gefunden, wenn man ein länderübergreifendes Ding gemacht hätte mit Halle/Leipzig. Dann hätte man sicher feststellen können, dass es dahin gekommen wäre. Es geht wohl leider nicht, wie ich es festgestellt habe, wobei der ehemalige Ostbeauftragte Wanderwitz noch gesagt hat, er sei überzeugt davon, dass es nach Leipzig komme. Jetzt ist wohl Frankfurt (Oder) im Rennen, wie ich es vernommen habe.

Wenn wir eine Empfehlung aussprechen müssten - das wäre eine Frage an den Vorsitzenden, wie das weitere Verfahren ist, ob wir heute noch eine Beschlussempfehlung erarbeiten wollen oder in der nächsten Sitzung -, dann fand ich Halle von der Vorstellung her bisher am besten.

Ich würde gerne wissen, was die Synergie-Effekte sein sollen, was das Pfund ist von Halle-Wittenberg.

Torsten Zugehör (Oberbürgermeister Stadt Wittenberg): Das ist schon völlig korrekt. Wir sehen dieselben Probleme. Es ist das, was wir von Ihnen gehört haben und was auch Ihr Kollege Gallert erklärt hat und was ich Ihnen auch in meiner Präsentation vorhin dargelegt habe, dass man in einem gewissen Dilemma steckt, was war die Ausgangsidee. Dann erkennt man Stück für Stück, dass man sie so eigentlich gar nicht erreichen kann. Man steckt in dem

Dilemma, weil man 13 Punkte hat und es schwer ist, diese 13 Punkte zu erreichen. Die Grundidee war - ich will noch einmal zurückgehen, was wollen wir -, man will nicht, dass irgendwo ein Elfenbeinturm entsteht, womit man etwas für sich hat, wohin man die Würdenträger einmal im Jahr einlädt, eine große, bunte Präsentation macht, es gibt schöne Schnittchen und dann reisen alle wieder ab, sondern es geht darum, dass man in die Region strahlt. Das ist das Entscheidende. Das ist ein wesentliches Merkmal gewesen. Das ist der Kerngedanke der Deutschen Einheit gewesen. Das ist der Gedanke gewesen, mit dem wir präsentieren, warum wir auch beim Thema Deutsche Einheit unseren Schwerpunkt haben. 1986, Kirchentag in Wittenberg, Schwerter zu Pflugscharen. Das war ein Samenkorn, das dort gelegt wurde, womit man angefangen hat, in die Region zu gehen, woraus sich dann auch die friedliche Revolution entwickelt hat. Das wollen wir gern aufnehmen, genau diesen Gedanken. Diesen Regionalgedanken wollen wir aufnehmen, dass es um Partnerschaft geht.

Dass es Bereiche geben muss, in denen es um Wissenschaft geht, in denen Forschung betrieben wird, das ist ein Punkt. Wenn Sie in die Kriterien hineingucken - die Schwerpunkte sind auf Seite 5 aufgezählt. Es geht um Bürgerdialoge. Es geht um Austauschprogramme. Es geht um Städtepartnerschaften. Es geht um junge Leute. Es geht um Jugend, um Netzwerke, um Bildungsarbeit. Wir sind der Überzeugung, dass das mit einer gemeinsamen Bewerbung durchaus möglich ist, dass wir natürlich ein Wissenschaftsschwerpunkt in einer Universitätsstadt haben und das als großes Pfund mitbringen, aber dass wir von dort aus selbstverständlich in die Region gehen. Ansonsten verfehlen wir das Ziel.

Dann muss man sich damit zufriedengeben und sagen, wir entscheiden uns für Frankfurt (Oder). Es ist zwar nicht erreichbar, aber wir werden uns das irgendwann schönrechnen und uns wortreich, mit vielen bunten Präsentationen erklären, warum es doch gut ist, wenn man an den östlichen Rand geht, aber uns wundern, warum dort im Jahr 2032 wahrscheinlich nicht eine Westklasse aufgetaucht sein wird. Dem kann man übrigens heute sehr gut begegnen, indem man dann als Politiker klug sagt, hören Sie doch einmal mit dem Ost-West-Denken auf, das ist lange vorbei. Das können wir uns dann schönreden. Oder wir sagen einfach, wir setzen auf die Karte, wir suchen uns die Torte und setzen die Kirsche obendrauf. Dann sind wir damit zufrieden. So ehrlich müssen wir dann aber auch sein. Dann brauchen wir nicht von ländlichem Raum, von Nachhaltigkeit und von diesen Dingen reden. Das muss man dann lassen. Dann muss man sagen: Nein, ihr seid raus, ihr seid Dorf. Dorf bleibt Dorf und Stadt bleibt Stadt, tschüss. Damit kann man dann umgehen.

Abg. Olaf Meister (GRÜNE): Meine Frage richtet sich mehr an die Landesregierung. Wenn man tatsächlich dazu käme, dass es nur einer werden soll. Wie ist dann der Entscheidungsprozess beabsichtigt? Gibt es eine Bewertungsmatrix, etwas in der Art? Entscheidet es der Ausschuss, der Landtag, macht die Landesregierung einen Vorschlag? Das würde mich interessieren.

Wenn man dazu kommt, dass es tatsächlich nur einer ist, weil man das Gewicht des Landes als Punkt sieht, dann würde mich interessieren, was ist das Gewicht des Landes tatsächlich. Was genau soll als Unterstützungsleistung passieren? Wir haben mit dem Antrag ganz schüchtern 50 000 € gefordert, weil wir dachten, es melden sich drei und diese sollen eine ordentliche Bewerbung haben, damit sie vernünftig aussieht und wissenschaftlich untersetzt ist. Das war die Idee. Wenn man einen anderen Weg geht, dann müsste ordentlich etwas dahinter sein, dann reden wir über größere Beträge und darüber, dass das Land sagt, wir engagieren uns richtig und beteiligen uns an den Kosten, sage ich einmal frech. Das würde mich interessieren. Was ist die Unterstützung des Landes? Was macht das aus?

Staats- und Kulturminister Rainer Robra (StK): Die Drucksache des Deutschen Bundestages beschäftigt sich mit der Frage, was das Sitzland möglicherweise zu tun hat, nur an einer einzigen Stelle. Das steht auf Seite 8:

> „Die Kriterien der Arbeitsgruppe lassen in ihrer Anzahl und in ihrer Vielfalt bewusst Spielraum für Bewerbungen unterschiedlicher Art. Sofern geeignet kann daher auch die Bereitschaft einer Finanzierungsbeteiligung des Sitzlandes oder der Bewerberkommune (z. B. Bereitstellung einer Liegenschaft oder Anbindung an landeseigene Hochschule oder Kultureinrichtung) in die Auswahlentscheidung aufgenommen werden.“

Nur dafür spielt das Land eine diskrete Rolle, wobei ich noch nicht genau weiß, wie es sich am Ende darstellen wird. Ansonsten sind es zunächst einmal Bewerbungen von Kommunen. Wir können es nicht überregeln in dem Sinne, dass eine Kommune, die, was weiß ich, nicht die Zustimmung des Landtages, der Landesregierung oder von wem auch immer findet, sich nicht bewerben kann. Das bleibt jeder Kommune unbenommen. Das will ich nur gesagt haben.

Die Besonderheit an Frankfurt (Oder) ist, dass sich sowohl das Land Berlin als auch das Land Brandenburg dafür ausgesprochen haben. Berlin geht aus naheliegenden Gründen nicht mit einer eigenen Bewerbung ins Rennen. Es wäre wirklich die Frage, ob man die viel zitierte Kirsche auf der Torte überhaupt noch sähe, wenn es dazu käme. Es ist jedenfalls eine Entscheidung des Landes Berlin, das nicht zu tun.

Wir müssen jetzt erst einmal genau analysieren, welche Player zusammenkommen. Es ist die Rede von einer gemeinnützigen GmbH als Trägergesellschaft, die der Bund gründet, sobald der Bundestag gesagt hat, wie er den Rahmen sieht. Der Haushaltsausschuss ist noch einmal einbezogen worden. Daraus können sich noch erhebliche Veränderungen sowohl des gesamten Finanzrahmens als auch der Kriterien ergeben. Diese gGmbH wird nach dem Zuschlag, aber schon vor der Fertigstellung der Liegenschaft ihre Angebote und Programme als Trägerträgereinrichtung des Zentrums entwerfen sowie konsequent auf- und ausbauen. Das ist dann der Player sozusagen in der Betriebsphase. Der Standortwettbewerb, ein klassischer Standortwettbewerb wie wir ihn auch bei Wirtschaftsansiedlungen und sonstigen Standort-

wettbewerben kennen, wird von der Bundesregierung ausgeschrieben. Der nächste Player ist dann die Jury, von der wir nur hören, dass sie mit unterschiedlichen Generationen besetzt sein soll mit jeweils unterschiedlichen Transformationserfahrungen. Das ist also das Aktionsfeld. Die Arbeit der gemeinnützigen GmbH wird darüber hinaus von einer Lenkungsgruppe auf Leitungsebene und durch eine interministerielle Arbeitsgruppe diverser Bundesressorts begleitet. Das ist das, was man jetzt erst einmal antizipieren muss. Wenn man weiß, welche Player auf dem Feld sind, dann wird man auch beantworten können, welchen Sinn es macht, sich auf bestimmte Art und Weise auch als Land zu positionieren.

Erst einmal brauchen wir eine vernünftige Bewerbung. Dabei sind die Kommunen gefragt. Ehrlich gesagt, es wird niemandem nützen, wenn die Bewerbung in irgendwelchen Schreibstuben entsteht und eben nicht - das hat mir bei allen drei Bewerbungen sehr gut gefallen - die Zivilgesellschaft einbezogen wird, sodass es wirklich eine städtische Initiative ist, mit oder ohne Partner. Das kann ich jetzt noch nicht abschließend beurteilen, wie eine Doppelbewerbung in dem Rennen einsortiert wird. Dann werden wir zu gegebener Zeit als Landesregierung entscheiden, wie wir es machen.

Es gibt Länder, die geben jedem ein bisschen Geld. Sie sind damit der Sorge entledigt, sich bekennen zu müssen. Ob das nennenswert etwas nützt, daran habe ich meine Zweifel. Es gibt Länder, die geben kein Geld für die Bewerbungsphase. Im Grunde genommen reden wir jetzt ja über die Unterstützung in der Bewerbungsphase. Das kann ich jetzt noch nicht abschließend sagen.

Abg. Heide Richter-Airijoki (SPD): Herr Minister, kurz im Anschluss an Ihre Ausführungen: Könnten Sie sich auch eine moderierende Rolle der Landesregierung vorstellen; denn es steckt eine große Dynamik in all diesen Potenzialen? Es wurde auch schon gesagt, man sollte nicht nur die Konkurrenz sehen, sondern auch Synergien. Es könnte doch zu einem Prozess kommen, in dem man sich mit allen Beteiligten einigt, damit man die Kräfte bündelt und dann eine konzentrierte Unterstützung der Landesregierung hat, nachdem eine Konsensbildung stattgefunden hat. Könnten Sie sich eine moderierende Rolle der Landesregierung und eine unterstützende Rolle dieses Ausschusses vorstellen? Welchen Prozess könnte man am besten wählen?

Staats- und Kulturminister Rainer Robra (StK): Ich habe es schon einmal gesagt und wiederhole es hier gerne: Die Antwort lautet: ja.

Vorsitzender Daniel Sturm: Es ist jetzt die Frage, wie wir weiter verfahren. Es hat sich jetzt noch eine vierte Stadt beworben. Die Stadt Dessau ist an uns herangetreten, dass sie sich auch gerne bewerben und im Ausschuss präsentieren möchte. Sie hat es an diesem Freitag nicht geschafft. Deswegen ist der Verfahrensvorschlag, dass wir im Juni diesen Tagesordnungspunkt noch einmal aufrufen und auch der Stadt Dessau die Möglichkeit geben, sich zu repräsentieren. Dann sollten wir das abschließend behandeln.

Abg. Tobias Rausch (AfD): Jetzt habe ich noch eine Frage, wenn wir es bis Juni vertagen, nicht, dass wir es verschieben, uns dann noch ein paar Monate damit beschäftigen und auf einmal ist es Frankfurt (Oder).

Vorsitzender Daniel Sturm: Nein. Es ist noch ein bisschen Luft.

Abg. Holger Hövelmann (SPD): Ich will zum besseren Verständnis unter uns noch einmal die Frage stellen, es gibt im Moment keine Frist, bis zu der eine Bewerbung einzureichen ist. Was machen wir denn, wenn sich in den nächsten fünf Wochen noch drei Städte aus Sachsen-Anhalt melden? Was machen wir dann?

Abg. Andreas Silbersack (FDP): Ich würde eindringlich darum bitten, dass wir nach der heutigen Sitzung und nach dem, was für Juni angekündigt, als Ausschuss und als Land auch mit Rücksicht auf die Kommunen, die schon sehr viel in das Thema investiert haben, für uns eine klare Verfahrenslinie festlegen, die sowohl in Richtung Kommune eine Klarheit impliziert als auch für das Land insgesamt. Es bringt uns relativ wenig, wenn wir uns immer im Ungefähren verhalten. Das wird den Prozess nicht dynamisieren. Genau das brauchen wir aber.

Vorsitzender Daniel Sturm: Dem kann man sich nur anschließen. Ich denke, dem kann sich auch der Ausschuss anschließen. Ich sehe allgemeine Zustimmung. Dann würde ich so verfahren, dass wir den Tagesordnungspunkt beim nächsten Mal noch einmal aufrufen.

*

Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE) bittet darum, Tagesordnungspunkt 4 der Einladung - Russlandsanktionen beenden - die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit stärken! - vorzuziehen und als Nächstes zu behandeln.

Vorsitzender Daniel Sturm stellt fest, dass sich dagegen kein Widerspruch erhebe. -Der **Ausschuss** verfährt so.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Russlandsanktionen beenden - die deutsch-russische Wirtschaftszusammenarbeit und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit stärken!

Antrag Fraktion AfD - **Drs. 8/612**

Der Antrag wurde in der 11. Sitzung des Landtags am 27. Januar 2022 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus sowie zur Mitberatung an die Ausschüsse für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt und für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Kultur überwiesen.

In **Vorlage 2** liegt dem Ausschuss die vorläufige Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses vor. Dieser empfiehlt den mitberatenden Ausschüssen, einen geänderten Beschluss zu fassen.

Abg. Holger Hövelmann (SPD) stellt dar, er werbe darum, sich der vorläufigen Beschlussempfehlung anzuschließen. Im federführenden Ausschuss sei über den zugrunde liegenden Antrag, über die Ausschussüberweisung und auch darüber, was seitdem passiert sei, lange diskutiert worden. Die vorläufige Beschlussempfehlung sei so klar und eindeutig, dass man sich dieser anschließen könne.

Abg. Tobias Rausch (AfD) meint, es sei schade, wie das Verfahren ablaufe. Er könne die Gründe dafür nachvollziehen, er finde es aber sehr einseitig, wenn man sich anschaue, wie andere Partner in der Welt agierten. Er erklärt, die AfD-Fraktion halte an ihrem Antrag fest.

Abg. Wulf Gallert (DIE LINKE) führt an, seit der Antragstellung gebe es eine erhebliche Entwicklung. Das habe auch dazu geführt, dass die Fraktion DIE LINKE ihren Alternativantrag zurückgezogen habe. Er sei in einer Zeit gestellt worden, in der es noch keinen Krieg gegeben habe. Durch den Krieg sei er gegenstandslos geworden. Der Abgeordnete erklärt, man hätte sich darauf beschränken können, den Antrag der AfD-Fraktion abzulehnen, ohne dass er die Gründe dafür wiederholen müsse. Bei der Abstimmung über die vorläufige Beschlussempfehlung werde sich die Fraktion DIE LINKE der Stimme enthalten. Zwar stimme die Fraktion DIE LINKE ausdrücklich mit der Aussage überein, dass der Landtag aufgrund der aktuellen Entwicklung eine Aufhebung der Sanktionen ablehne. Die Aussage, der Landtag halte die europäischen Sanktionen für ein notwendiges und geeignetes Mittel, um Russland ökonomisch, politisch, gesellschaftlich und kulturell zu isolieren, berge allerdings ein quasi technisches Problem. Der Antrag solle in der nächsten Woche im Landtag behandelt werden. Man wisse heute noch nicht, welche Sanktionen dann existierten. Das sei permanent in der Diskussion und betreffe unter anderem das Ölembargo und die Frage, wie schnell man vom russischen Gas loskomme. Man rede also von einer Thematik, deren Beurteilung dadurch erschwert werde, dass sie permanent im Fluss sei. Auch die weitere Aussage in der vorläufigen Beschlussempfehlung, das Ziel müsse darin bestehen, den Krieg in der Ukraine schnellstmög-

lich zu beenden, sei schwierig. Darum und um die Konsequenz dessen kreise ja gerade die politische Debatte.

Abg. Alexander Räuscher (CDU) beantragt, die Aussprache zu beenden und zur Abstimmung zu kommen. Über die Thematik sei ausführlich diskutiert worden.

Abg. Tobias Rausch (AfD) stellt richtig, über die Thematik sei im federführenden Ausschuss diskutiert worden. Im hiesigen Ausschuss habe es dazu zwei Wortmeldungen gegeben.

> Der **Ausschuss** beschließt mit 5 Stimmen für den Antrag bei 4 Stimmen gegen den Antrag, die Aussprache zu beenden.

Vorsitzender Daniel Sturm erinnert an den Vorschlag des Abg. Herrn Hövelmann, sich der vorläufigen Beschlussempfehlung anzuschließen. Darüber würde er abstimmen lassen, wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebe. - Er stellt fest, dass sich kein Widerspruch erhebe.

> Der **Ausschuss** folgt der vorläufigen Beschlussempfehlung mit 7 : 3 : 1 Stimmen. (Die Beschlussempfehlung an den federführenden Ausschuss wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 3** bereitgestellt.)

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Grundvoraussetzung für Provenienzforschung durch Digitalisierung der Sammlungsbestände in Museen, Stiftungen, Bibliotheken und Archiven schaffen

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 8/EUR/13**

Der Ausschuss hat sich in der 8. Sitzung am 4. April 2022 darauf verständigt, in der heutigen Sitzung ein Fachgespräch mit dem Deutschen Zentrum Kulturgutverluste und dem Museumsverband Sachsen-Anhalt zu Fragen der Digitalisierung der Sammlungsbestände in Museen, Stiftungen, Bibliotheken und Archiven durchzuführen.

In **Vorlage 1** liegt eine schriftliche Stellungnahme des Museumsverbands Sachsen-Anhalt vor. Eine schriftliche Stellungnahme des Deutschen Zentrums Kulturgutverluste (DZK) wurde im Nachgang der Sitzung als **Vorlage 2** bereitgestellt.

Eine **Vertreterin des DZK:** Ich bin wissenschaftliche Referentin am Deutschen Zentrum Kulturgutverluste hier in Magdeburg und vertrete unseren Vorstand, der leider erkrankt ist und heute nicht anwesend sein kann. Er hat eine Stellungnahme zu diesem Thema verfasst, die Sie im Anschluss auch noch bekommen werden. Mein Vortrag fußt auf dieser Stellungnahme. Das gibt es im Anschluss also noch schriftlich.

Das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste ist eine von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden gegründete Stiftung mit Sitz in Magdeburg und der zentrale Ansprechpartner für Fragen unrechtmäßig verbrachten Kulturgutes in Deutschland. Das tun wir vor allen Dingen über eine Projektförderung, das heißt, wir fördern Provenienzforschung, wir erforschen die Herkunft unserer Kulturgüter, wozu vor allen Dingen Museen, Archive und Bibliotheken gehören. Wir betreiben zwei Datenbanken. Das ist zum einen die Lost-Art-Datenbank und zum anderen eine Forschungsdatenbank mit dem Namen Proveana. Wir führen Veranstaltungen durch, geben Publikationen heraus. Ich habe eine Publikation mitgebracht, die Publikation „Provenienz & Forschung“. Darin geht es um digitale Provenienzforschung, das Thema, mit dem wir uns heute beschäftigen.

Das Zentrum bzw. die Vorgängereinrichtung hat bereits ca. 450 Projekte gefördert zur Herkunftsforschung. Deswegen kann ich vorausschicken, dass es aus unserer Erfahrung heraus kaum ein Museum und kaum eine Bibliothek in Deutschland gibt - das gilt auch für Sachsen-Anhalt -, deren Bestand nicht Objekte enthält, die zumindest potenziell mit dem Verdacht des verfolgungsbedingten Entzugs im Nationalsozialismus oder in der sowjetischen Besatzungszone und DDR behaftet sind.

Auch die koloniale Thematik dürfte Berührungspunkte zu hiesigen Sammlungen haben, mehr als man vielleicht auf den ersten Blick vermutet. Auch wenn man in einem Bundesland ist, in dem es keine wirklich große ethnologische Sammlung gibt, so gibt es doch Heimatmuseen,

Stadtmuseen, kulturhistorische Museen, aber auch naturkundliche und archäologische Museen, die Objekte kolonialer Provenienz beherbergen.

Die objektbezogene Provenienzforschung in Sammlungen, ganz egal in welchem historischen Kontext, den ich gerade genannt habe, nähert sich dem Forschungsgegenstand, also einem Objekt, methodisch im Idealfall von zwei Seiten. Einerseits kann man das Objekt an sich nehmen, und das Objekt verrät einem schon sehr viel über die Herkunft. Auf Rückseiten von Gemälden sind Aufkleber oder Stempel oder in Büchern findet man Exlibris. Andererseits haben wir aber auch Archive, die sehr wichtig sind, weil eine schriftliche Überlieferung zum Objekt sehr viel sagen kann, also Bildakten oder Schriftwechsel zu Erwerbungen von Objekten. Der erste Schritt geht allerdings zu Inventar- oder zu Zugangsbüchern einer Sammlung. Das haben Museen, Bibliotheken und Archive. Darin liegt der Knackpunkt: Die systematische und solide dokumentierte Inventarisierung ist die Grundlage für Provenienzforschung, aber eben auch für die Museumsarbeit per se. Bibliotheken kann man ein bisschen ausklammern. Sie haben durch ihre Online-Kataloge - Online Public Access Catalogue (OPAC) - Standards gesetzt.

Althergebrachte Inventarbücher oder eben Karteikarten sind für heutige Kultureinrichtungen keine Option. Es besteht einfach die Erwartung einer Inventarisierung mittels einer digitalen Museumsdatenbank. Museumsdatenbanken erfassen Grunddaten wie den Urheber eines Objektes, Titel oder Maße, aber eben auch - das ist ganz wichtig - Provenienzen, Restaurierungsmaßnahmen oder auch den Standort eines Objektes, und verknüpft mit einer Dokumentation ist immer auch eine fotografische Objektdokumentation, d. h., man muss ein Objekt physisch auch in die Hand nehmen und anfassen. Deswegen ist es besonders nachhaltig, wenn man die Bestandserfassung, die Inventur, und die Provenienzforschung miteinander verknüpft und dann eben auch datenbankgestützt durchführt.

Der Perfektionsanspruch bei so einer Erfassung vor allem hinsichtlich großer Mengen ist teilweise schwierig. Das Gute ist, Datenbanken sind erweiterbar, sind korrigierbar. Die Zurückhaltung bei der Onlinestellung dieser Datensätze, die man erfasst, ist in Deutschland aber immer noch ziemlich groß. Das Nichtwissen oder auch die Provenienzlücken, dass wir Objekte in unseren Sammlungen haben, für die wir für einen bestimmten Zeitraum nicht wissen, wo sich die Objekte befunden haben und wie sie ihre Besitzer gewechselt haben, die Provenienzlücken und das Nichtwissen muss man auch kommunizieren. Das ist besser, als es im Verborgenen zu lassen. Das heißt, grundsätzlich gilt die Regel, dass jeder in eine Datenbank eingegebene Datensatz, und sei er noch so rudimentär, besser ist als gar kein Datensatz. Für die Erfassung ist natürlich eine klare und stringente Zeitplanung notwendig. Aber ich muss noch einmal betonen, die Erfassung ist Grundaufgabe der Museumsarbeit, kann aber auch zeitlich begrenzt durch Unterstützung, in dem Fall Personal, intensiviert werden.

Auf diese Weise kann ein Museum die gesamte Arbeit professionalisieren und längerfristig auch vereinfachen, indem man zum Beispiel Gemeinsamkeiten von Objekten herausfindet

und betrachtet. Beispielsweise kann man durch eine digitale Erfassung herausfinden, das zehn Gemälde einer Sammlung den gleichen Aufkleber auf der Rückseite haben. Dann ist es einfacher, diese Objekte zu recherchieren, als wenn man das für jedes Objekt einzeln tut.

Datenbanken schaffen auch ein rechtssicheres Inventar und schließlich bei Veröffentlichung Transparenz. Transparenz ist ein ganz wichtiges Stichwort, weil das Wissen um unsere Bestände auch die Erforschung dieser Bestände durch Dritte, durch Außenstehende, ermöglicht, und das nicht nur im Bereich der Provenienzforschung, sondern eben auch in kunst- und kulturhistorischen Fragen. Beispielsweise kann man feststellen, dass Museen, die viele Objekte online stehen haben, diese Objekte auch viel öfter ausleihen für Ausstellungen. Sie werden viel öfter für Ausleihen angefragt. Sie erscheinen öfter in Publikationen, d. h., sie sind eben auch Botschafter einer Sammlung.

Transparenz ist wichtig, um auch eine Sichtbarkeit in Herkunftsgesellschaften zu schaffen, wenn es um den kolonialen Kontext geht. Nur dadurch können Herkunftsgesellschaften über diese Objekte in europäischen Sammlungen erfahren. Das gilt natürlich auch für die Nachfahren der NS-Verfolgten. Wir veröffentlichen zum Beispiel auch in Magdeburg durch die Lost-Art-Datenbank Such- und Fundmeldungen im Bereich Nationalsozialismus. Kurz gesagt, gerade Museen sollten offener umgehen mit dem, was sie tun, und mit dem, was sie wissen. Oft besteht noch eine Hemmung, dass man die Veröffentlichung nicht ermöglicht, bis man die letzte Jahreszahl dreimal geprüft hat. Außerdem muss man sagen, dass selbst entwickelte Datenbanken kurzfristig natürlich eine günstige Lösung sind, aber sehr zu Insellösungen führen und nicht anschlussfähig sind. Oft verwaisen sie auch, wenn es Personalwechsel gibt. Handelsübliche Datenbanken jedoch erhalten Updates, ermöglichen Schnittstellen zu anderen Datenbanken und professionalisieren natürlich auch eine Veröffentlichungsform, aber man muss auch kein Geheimnis verraten, das Befüllen macht sich nicht von allein, sondern es bedarf Personal.

Ich möchte gern noch etwas zu den Archiven sagen, weil Forschung natürlich vor allen Dingen durch Archive möglich wird. Die Recherche allein in hauseigenen Quellen stößt natürlich häufig an ihre Grenzen. Die Überlieferungen sind häufig nicht so gut. Deswegen geht man in Kommunal-, Kreis- oder Landesarchive. Die Recherche dort ist notwendig. Archive beginnen in der Digitalisierung oft mit ihren alten Beständen aus früheren Jahrhunderten, was absolut verständlich ist, weil diese Bestände fragil sind und nach einer Digitalisierung eben nicht mehr so oft Nutzerinnen vorgelegt werden müssen, aber aus Sicht der Provenienzforschung ist das Interesse an anderen Aktenbeständen natürlich besonders groß, beispielsweise an Aktenbeständen aus der Zeit von 1933 bis 1945, also wäre eine Priorisierung dieser Aktenbestände wünschenswert. Auch Museen haben Archive. Ein erster Schritt wäre es, Findmittel online zu stellen oder Inventare für die Nutzung zu veröffentlichen.

Was ich jetzt zusammengetragen habe, sind eigentlich keine überzogenen Wünsche der Provenienzforschung, sondern einfach Standards der Wissenschaft und der Kenntnis auch unseres Kulturerbes.

Die grundlegenden Aufgaben der Sammlungsarbeit benötigen natürlich qualifiziertes Personal und technische Ausstattung.

Die Erwartungen an Transparenz und Zugänglichkeit öffentlicher Sammlungsinstitutionen lassen einfach keine Alternativen zu.

Aus unserer Erfahrung kann ich noch abschließend sagen, hat das vertiefende Wissen um die eigene Sammlung und auch um die Herkunft, selbst wenn sie sehr schmerzhaft und mit Brüchen in der Geschichte konfrontiert ist, unsere Gesellschaft immer bereichert.

Abg. Holger Hövelmann (SPD): Sie haben deutlich gemacht, und das auch als Empfehlung abgegeben, eine Priorisierung für den Zeitraum von 1933 bis 1945 vorzunehmen, weil das wahrscheinlich auch das historisch schwierigere Zeitalter in der Provenienzforschung ist. Aber wir haben uns im Koalitionsvertrag für diese Legislaturperiode auch vorgenommen, die danach folgende Zeit nicht aus dem Blick zu verlieren und sowohl die Zeit der russischen Besatzung als auch die Zeit der DDR daraufhin zu überprüfen, ob es entsprechende Kunst- und Kulturgüter gibt, die den Regularien unterfallen. Wie sieht es damit aus?

Die **Vertreterin des DZK:** Absolut, aber man muss natürlich sagen, dass auch archivrechtliche Bestimmungen vor allen Dingen durch die zeitliche Nähe problematisch sind bei der Digitalisierung und Veröffentlichung.

Dass wir tatsächlich auch eine zeitliche Notwendigkeit sehen, die Zeit von 1933 bis 1945 zu erfassen und zugänglich zu machen, zu digitalisieren, schließt es überhaupt nicht aus, dass andere Zeitschichten folgen müssen, sofern es eben auch Archivgesetze zulassen, dass diese Dokumente, die einfach viel jünger sind, auch veröffentlicht werden können.

Was Bestände zu kolonialen Provenienzen angeht, sind natürlich die Bestände viel heterogener, weil sich die Zeitspannen einfach viel mehr strecken. Es ist auch eine pragmatische Entscheidung, wie man möglichst effizient zu mehr digitaler Zugänglichkeit kommt.

Abg. Holger Hövelmann (SPD): Für die jüngere Zeit der DDR kann ich das nachvollziehen, aber der Unterschied zwischen 1945 und 1947 ist nicht sehr groß. Also, insofern noch einmal die Frage, droht uns möglicherweise etwas verloren zu gehen, wenn wir das in der Priorisierung deutlich weiter nach hinten schieben?

Die **Vertreterin des DZK:** Ich würde nicht sagen, dass wir es deutlich weiter nach hinten schieben. Es ist tatsächlich eher ein Umgang damit, eine Arbeitsteilung und ein Arbeitsmanagement, aber gerade die Bodenreform: in Sachsen Anhalt, Sachsen und Thüringen sind es

ganz große Themen, und diese müssen natürlich aufgearbeitet werden. Dafür sind Quellen absolut essenziell und in dem Fall auch Inventare. Also, Schlossbergungsinventare zu veröffentlichen, ist absolut wichtig. Das machen viele Museen auch, also die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden haben ihre Inventare zu den Schlossbergungen online gestellt. Das erleichtert die Recherche um einiges eben auch für die Betroffenen.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Zur Provenienzforschung hat die Kollegin des DZK im Grunde genommen alles gesagt, wie es abläuft. Nur vielleicht zusammenfassend: Das ist sehr komplex. Es ist nicht so, ich gehe ins Museum, suche mir die Inventarbücher und weiß alles. So funktioniert es nicht. Man muss viele Akten an vielen Standorten durchsuchen, um überhaupt für einzelne Exponate etwas nachweisen zu können, und oft können wir eben auch nichts nachweisen.

Der Museumsverband macht Provenienzforschung seit dem Jahr 2017, und seit dem Jahr 2019 haben wir eine Mitarbeiterin, die als Koordinierungsstelle Provenienzforschung firmiert. Sie wird vom Land sehr großzügig gefördert. Wir machen dort neben Öffentlichkeitsarbeit und Publikationsunterstützung in der reinen Provenienzforschung sogenannte Erstchecks. Die Museen werden quasi nur grob gecheckt anhand der Inventarbücher. Es gibt noch keine tiefer gehende Provenienzforschung. Wir haben mittlerweile knapp 40 Museen erstgecheckt, was NS-Raubgut betrifft. Bei kolonialen Erstchecks fangen wir gerade an. Wir werden zeitnah den ersten Antrag stellen. Bei DDR/SBZ wird momentan die Grundlagenforschung gefördert vom DZK. Wir sind noch dran, wie man das macht; denn es ist ein relativ großer Komplex aufgrund der Heterogenität der Exponate und aufgrund der doch längeren Zeitspanne als beim Nationalsozialismus.

Neben den Erstchecks gibt es vertiefende Provenienzforschung. Dabei beschäftigt sich eine Expertin, ein Experte in der Regel sechs Monate lang mit einem Museum, manchmal auch bis zu einem Jahr lang. Dann werden wirklich Akten gewälzt. Das Ziel ist dabei nicht, am Ende zu sagen, das ist Exponat ABC und wird dahin zurückgegeben. Das Ziel ist, die Herkunft der Exponate zu prüfen. Es geht nicht primär um Rückgaben. Das kommt dann oft oder eigentlich gar nicht so oft, aber das ist nicht das primäre Ziel, sondern es geht darum, die Herkunft der Exponate aufzuklären. Darum ist Provenienzforschung auch weiter gefasst als nur Unrechtskontexte wie Nationalsozialismus, SBZ/DDR, Enteignung und anderes, sondern es geht uns als Museum darum, die Exponate, die wir haben, in einen Kontext zu stellen. Wer hat die Objekte vorher besessen, wofür sind sie genutzt worden usw. usf. Nur durch diese Geschichte, durch diesen Kontext wird daraus ein Museumsexponat, das wir nutzen können.

Was das Thema Digitalisierung betrifft, ist gerade von Datenbanken die Rede gewesen. Ganz zufällig betreibt der Museumsverband eine solche; sie heißt „Museum digital“ und ist bundesweit verfügbar. Es ist eine Inventardatenbank für Museen. Sie ist kostenlos. Sie ist in Sachsen-Anhalt 2008/2009 entworfen worden. Damit waren wir nicht Vorreiter, aber „Museum digital“ ist eine Graswurzelbewegung, d. h., die Museen nutzen diese, kommunizieren,

was sie brauchen und was sie nicht brauchen, und das wird dann entsprechend programmiert. Sie ist nicht kommerziell. Sie ist also für alle Museen weitestgehend kostenlos. Sie enthält eben auch Angaben zur Provenienz der Exponate. Wenn man „Museum digital“ anschaut, dann findet man viele Exponate. Es ist wirklich auch ein Mittel, um die Museumsarbeit öffentlich sichtbar zu machen, aber nicht alle Museen veröffentlichen alles. Also, dieses Häkchen, dass es öffentlich sichtbar ist, setzen nicht alle. Ich glaube, ungefähr zwei Drittel der dort erfassten Exponate sind nicht öffentlich zu sehen.

Digitalisierung und Provenienzforschung: Wir haben dazu eine Stellungnahme für das Ministerium für Kultur erarbeitet. Ich habe die Hoffnung, dass sie Ihnen vorliegt. Deswegen will ich das nicht weiter ausdehnen. Worauf wir als Museumsverband hinauswollen, ist, es braucht immer Kontinuität und fach- und sachkundiges Personal. Provenienzforschung und Digitalisierung hängen immer auch an Technik und Ausstattung, aber vor allen Dingen an den Personen. Wir haben eine solche Person. Das ist momentan eine Projektförderung. Wir hätten es gern auf Dauer, wie es auch im Koalitionsvertrag vermerkt ist, weil nur so, mit der Kontinuität, auch mit der personellen Kontinuität, ist es möglich, Provenienzforschung professionell und effizient zu bereiben. Das Gleiche gilt für Digitalisierung. Wir haben als Museumsverband auch ein Projekt. Es ist auf fünf Jahre ausgelegt. Wir sehen, es ist eine Daueraufgabe, die entsprechend personell, finanziell und mit Equipment untersetzt sein muss. Aus beidem zusammen, aus Provenienzforschung und Digitalisierung, ergeben sich Synergie-Effekte.

Wir sind nicht ganz so optimistisch wie das DZK, nicht, weil man Akten digitalisiert, wird sofort die Provenienzforschung gepusht. Man muss sehr genau überlegen, man muss eine Strategie entwickeln, welche Bestände werden wie digitalisiert. Man braucht Strategien zur Langzeitdatensicherung. Das ist alles nicht ohne, also die reine Digitalisierung von Beständen auch von Inventarbüchern ist schön, nützt aber erst nur lokal. Wenn wir es bundesweit nutzbar machen wollen, dann braucht es Datenbanken, dann braucht es Equipment, dann braucht es auch einen langen Atem. Unsere Empfehlung oder unsere Meinung ist, dass man im Kulturbereich generell eine Strategie entwickeln sollte zur Digitalisierung. Das betrifft auch andere kulturelle Landesverbände. Ausgehend von dieser Strategie kann man dann entwickeln, wie wir mit Provinzforschung und Digitalisierung umgehen.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE): Der Grund, weshalb wir den Selbstbefassungsantrag gestellt haben, ist, das ganz Thema Provenienzforschung in diesen Ausschuss zu tragen; denn, ich glaube, das Thema Provenienzforschung ist auch in der Öffentlichkeit nicht das große Thema, das ständig in den Schlagzeilen steht. Es ist doch viel im Verborgenen. Vieles ist gar nicht bekannt und vieles liegt, wie wir in den Berichten gehört haben, auch im Argen oder ist schwierig in der Umsetzung. Es gibt viele Dinge, die zu erledigen sind, aber es ist eine ganz wichtige Arbeit.

Wichtig für uns war es, mit dem Antrag auf Selbstbefassung auch einmal zu zeigen, dass wir das Deutsche Zentrum Kulturgutverluste in unserem Bundesland, in der Landeshauptstadt, in Magdeburg haben. Auch das ist, glaube ich, sehr wenigen Menschen im Land bekannt. Das war auch Intention unseres Antrags.

Sie haben ganz viele Fragen, die ich mir aufgeschrieben hatte, in ihren beiden Vorträgen eigentlich schon beantwortet. Für mich wäre noch eine Frage wichtig. Die Vertreterin des DZK ist auf die ethnologischen Sammlungen eingegangen. Wir haben in Sachsen-Anhalt nicht die großen Sammlungen, aber es gibt durchaus in den kleineren Museen einzelne Objekte, die es natürlich wert sind, erfasst zu werden. In dieser Hinsicht, auch in Bezug auf den Bericht des Museumsverbands, an Sie beide gerichtet: Dazu wir es noch keine Strategie geben, aber haben Sie vielleicht Ideen - klar, das muss wahrscheinlich alles mit Personal untersetzt werden -, wie man systematisch vorgehen könnte, um das genau in dem Bereich zu katalogisieren, um diese Objekte aufzufinden - ich kann nicht bei jedem kleinen Heimatmuseum das Personal aufstocken, was vielleicht wünschenswert wäre; das wird meistens nur in ehrenamtlicher Arbeit gemacht -, wie man systematisch vorgehen könnte, damit man nach und nach flächendeckend diese Objekte analysiert und dann auch entsprechend katalogisiert und in eine Datenbank aufnehmen kann?

Die **Vertreterin des DZK:** Ich würde dazu kurz etwas sagen und dann an meine Kollegen übergeben, weil sie die Spezialisten für Sachsen-Anhalt sind. Kontinuität ist natürlich ganz wichtig und auch die Frage, wie startet man Provenienzforschung und wie macht man es tatsächlich zu einer grundlegenden Aufgabe von Museen, Bibliotheken und Archiven.

Wir fördern als Zentrum Projekte, die zeitlich begrenzt sind. Das sind kurzfristige Projekte von einem halben Jahr bis zu zwei, drei Jahren Dauer. Wir wollen damit Provenienzforschung anschieben. Wir sind nicht dafür da, Provenienzforschung als Daueraufgabe zu fördern. Dafür sind die Träger der Museen und Bibliotheken zuständig. Wir haben vor allem in Sachsen-Anhalt sehr viele Erstcheckprojekte gefördert. Deswegen eben auch der Verweis an meine Kollegen, weil sie es durchgeführt haben. Diese Erstcheckprojekte geben die Möglichkeit, Ressourcen zu bündeln, verschiedene Einrichtungen gemeinsam zu betrachten, Bestände zu analysieren und zu schauen, wo sind die Notwendigkeiten, auch tiefer zu graben und tiefer in die Forschung einzusteigen. Oft folgen aus diesen Erstchecks tiefer gehende Projektanträge bei uns, die wir natürlich sehr gerne fördern und damit auch die Provenienzforschung unterstützen, aber eben nicht als Daueraufgabe. Das können wir in dem Falle nicht leisten.

Was ich noch ergänzen möchte, was wirklich wichtig ist, ist, dass Provenienzforschung eben nicht nur bedeutet, zu Restitutionen zu kommen, sondern Prominenzforschung ist schon ein Erfolg, wenn man weiß, was man für Sammlungen hat und woher sie kommen. Jegliche Zusammenhänge der Geschichte sind dafür von Interesse und letztendlich auch ein Erfolgskriterium von Provenienzforschung. Es geht nicht nur um Restitution.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Kurz zur Beruhigung, es gibt in Sachsen-Anhalt keine Beninbronzen. Das liegt schlicht und ergreifend daran, dass es auf dem Boden des heutigen Sachsen-Anhalt kein ethnografisches oder völkerkundliches Museum gab und dass die meisten der ethnografischen Bestände in der DDR-Zeit konzentriert worden sind, zuerst in Wernigerode und dann in Leipzig, im Grassimuseum, d. h., unsere Museen haben sie oft schon in den 60er-Jahren bis in die 80er-Jahre hinein abgegeben, und die meisten wollen diese Bestände auch nicht so wirklich zurückhaben.

Eine **Vertreterin des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Ich habe eine Umfrage gemacht zu außereuropäischen Objekten in unseren Museen. Damit ist noch offen, ob es koloniale Kontexte betrifft. Wir haben Rückmeldungen bekommen, dass mindestens 31 Museen solche Objekte haben. Einmal sind es 20 Stücke, einmal sind es aber auch 300 Stücke. Insgesamt kann ich eine Zahl von 2 000 Objekten in den Raum werfen, wobei mir das wichtigste Haus bei dieser Umfrage kein Feedback gegeben hat, und zwar die Sammlung aus Wittenberg, die Julius-Riemer-Sammlung. Dort fehlt quasi das Know-how, was haben sie eigentlich, wie viele Objekte sind das.

Wenn wir einmal in diesem Forum sind, dann würde ich gern die Gelegenheit nutzen, um mich dafür starkzumachen, dass Museen Unterstützung mit Man- und Womanpower bekommen, damit sie die Inventarbücher abtippen können, damit es erschlossen werden kann. Dann erst ist man mit den Mengen quasi besser unterwegs. Erst dann könnte Wittenberg zum Beispiel Auskunft darüber geben, wie viele Objekte sie aus Kamerun, aus Tansania, aus Ozeanien haben. Erst dann kann man sagen, wir müssen 1 000 Objekte aus Kamerun erforschen und haben einen Zugriff und können dann erst starten. Wo hat dieser Julius Riemer diese Objekte erworben und eingekauft? Welches Netzwerk seiner Händler hatte er? Er hat es in seinen Inventarbüchern, die er selbst geführt hat, auch aufgeschrieben, bei welchen Händlern und Präparatoren er Dinge erworben hat, aber das kann im Moment gar keiner fassen, weil eben quasi der Suchmodus fehlt. Also, man kann blättern und blättern, aber wir brauchen einfach eine Datenbank und müsse diese moderne Technik nutzen, um eben zu suchen: aus Kamerun oder vom Händler aus Brüssel, und dann ergeben sich ganz neue Zusammenhänge und eben auch mengenmäßige Erkenntnisse.

Ich kann noch sagen, dass es vielen Museen, wenn ich Projekte mit ihnen anstrenge, die wir beim DZK einreichen, schwerfällt, eine Objektgruppe auszuwählen. Ich würde Ihnen gern ein Beispiel aus dem Museum Schloss Querfurt berichten. Es geht um koloniale Kontexte. Dort gibt es Karteikarten. Dort gibt es eine Afrikasammlung. Das sind round about 100 Karteikarten. Wir haben es uns einmal genauer angeschaut und festgestellt, dass es gar nicht nur eine Provenienz ist, wie man bisher immer dachte, dass ein Hans Schomburgk die Sachen nach Querfurt gegeben hätte. Wir haben gemerkt, nein, es taucht noch ein anderer Name auf: Paust. Erst durch eine Verzeichnung in einer Exceltabelle, die der Museumsmitarbeiter vorgenommen hat, sind wir darüber quasi klar geworden, was ist eine, was ist das andere. Zu der einen Sammlung Hans Schomburgk haben wir jetzt ein Provenienzforschungsprojekt

vom DZK gefördert bekommen. Wir arbeiten, wie gesagt, mit einer Exceltabelle. Irgendwann wäre es natürlich schön, wenn jemand die Zeit findet, diese Objekte und auch die Erkenntnisse, die wir mit dem Provenienzforschungsprojekt haben, in eine Datenbank einzuspeisen und die Sachen dann eben auch transparent zu machen, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Spannende ist, dass wir in diesem Projekt auch eine dreibändige Presseausschnittsammlung von Hans Schomburgk haben, wobei er über Jahre darstellt, wie er die Sachen gesammelt und dann eben auch in Deutschland über Afrika Vorträge gehalten hat, welche Resonanz er dabei erzielt hat, wenn er die Objekte natürlich mitgeführt hat, so als Dekoration und Beispiele. Wie bekommt man denn diese Bücher digitalisiert? - Ich habe mir Hilfe beim Grassimuseum geholt. Sie haben die Dinge in einer Amtshilfe eingescannt. Der nächste Schritt ist eben, wer findet Zeit, um diese Sachen in „Museum digital“ einzuspeisen, zu verschlagworten und zu erschließen.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Ich möchte noch ergänzen, um die unterschiedlichen Dimensionen klarzumachen. Wir wissen oft genug den Sammler, der es dem Museum geschenkt hat, aber es gibt auch Fälle, in denen es die berühmte - in dem Fall wörtlich zu verstehende - Kiste auf dem Dachboden ist, die seit Jahrzehnten niemand geöffnet hat, worin Exponate liegen, die sichtbar aus Ostasien kommen, vom afrikanischen Kontinent oder aus Südamerika, und niemand weiß, wie es dahin kommt, was es überhaupt ist. Das sind oft touristische Mitbringsel. Die Menschen in allen Kontinenten sind nicht ungeschickt darin, uns etwas Touristisches anzudienen. So war es auch in der Kolonialzeit, auch Schrumpfköpfe sind touristisch hergestellt worden, allerdings nicht aus Menschen. Worauf ich hinaus will, ist, es ist sehr vielfältig, wie die Exponate hierher gekommen sind und wie sie im Museum bislang bekannt sind. Diese Kisten auf dem Dachboden, das haben wir durchaus ab und an, und dann fällt es eben auch ganz schwer, das in irgendeiner Form zuzuordnen.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE): Als Deutsches Zentrum Kulturgutverluste haben Sie einen Überblick über die gesamte Bundesrepublik. Können Sie vielleicht ganz kurz sagen, wie stehen wir denn als Land Sachsen-Anhalt insgesamt bei der Provenienzforschung im Vergleich zu anderen Bundesländern da. Sind wir im Hintertreffen oder vergleichsweise ganz ganz gut?

Die **Vertreterin des DZK:** Man kann es vielleicht mit einer harten Zahl angeben, was auch unsere Arbeit angeht. Wir haben fast 450 Projekte gefördert, 17 davon kamen aus Sachsen-Anhalt, darunter viele Erstchecks. Das wäre ein richtiger Vergleich.

Es ist natürlich so, dass es die großen Häuser in Berlin, Dresden, München natürlich auch im Bereich Datenbankenerfassung und eben auch mit der Provenienzforschung sehr systematisch machen können. Sie haben natürlich auch mehrere Häuser und Sammlungen, die sie gemeinsam bearbeiten können. Vor allen Dingen in eher ländlichen Regionen geht es wirklich darum, Energien zu bündeln und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass eben auch ein Heimatmuseum mit diesem Thema konfrontiert ist und dass es nicht nur die großen Samm-

lungen sind oder das Humboldtforum, sondern dass es eben auch für kleinere Sammlungen ein Thema ist. Von daher sind die Strukturen deutschlandweit tatsächlich relativ vergleichbar. Sachsen-Anhalt sticht nicht sonderlich heraus, aber was die Digitalisierung und Zugänglichkeit angeht - es wurde bereits erwähnt: „Museum digital“ -, gerade Museen sind in der Verantwortung, auf ihren Webseiten über ihre Objekte zu informieren und zu zeigen, was sie in diesem Bereich tun und welche Erkenntnisse sie auch aus ihrer hausinternen Forschung gewinnen.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Ich möchte gern ergänzen, Erstcheck meint nicht, Erstcheck in einem Museum, es meint bei uns vier, fünf, bis zu acht Museen. Wir haben momentan knapp 40 Museen erstgecheckt von den 220 Museen im Verband, wobei natürlich einige Museumsarten auch herausfallen aus dem Erstcheck, einfach, weil der Bestand anders aufgebaut ist. Ich muss es an dieser Stelle ganz dringlich sagen, wir sind natürlich gut in Sachsen-Anhalt.

Die **Vertreterin des DZK:** Das meine ich mit dem Erstcheck. Man bündelt Energien und untersucht mehrere Bestände und Museen, weil es sich eben auch anbietet.

Abg. Andreas Schumann (CDU): Auf der Webseite der DZK kann man sehr gut lesen von den Schwierigkeiten, eine gerechte und faire Lösung zu finden, am Ende, wenn man mit anderen Partnern sprechen muss, um Austausche herzustellen und das bewerten zu können, um Kulturgüter vielleicht auch dem ursprünglichen Besitzer zurückzugeben. So habe ich es zumindest aufgefasst.

Nun haben wir den wirklich schlimmen Krieg mit Russland in der Ukraine und es gab sicherlich auch sehr viele, die sich bemüht haben, Kulturgüter aus Russland zurückzubekommen oder im Austausch zwischen Deutschland und Russland zurückzubekommen, die nach dem Krieg verloren gegangen sind. Wie schätzen Sie es ein, wie viel Zeit geht verloren? Ich kann mir vorstellen, dass dann für viele Jahre die Verbindungen abgerissen sein werden zwischen den Museen und den Forschern. Wie ist es aus Ihrer Sicht?

Die **Vertreterin des DZK:** Das ist ein weitergehendes Thema. Dabei geht es um die Kriegsverluste. Grundsätzlich muss ich dem vorausschicken, wir haben in unserer Lost-Art-Datenbank 10 300 Objekte, die die Ukraine im Zweiten Weltkrieg kriegsbedingt verloren hat, die geraubt wurden, die sich potenziell eben auch in deutschen Sammlungen befinden können. Auf diese 10 300 Objekte weise ich ganz gern hin, weil wir natürlich sehen, dass historisches Unrecht tatsächlich sehr lange nachwirken kann. Das werden wir auch bei diesem Krieg in der Ukraine merken. Ansonsten war natürlich das Thema Digitalisierung auch eine große Chance in der Beziehung zu Russland. Es gibt einen engen Austausch oder es gab bisher einen engen Austausch zwischen deutschen und russischen Museen und Bibliotheken. Die Digitalisierung war natürlich eine Möglichkeit, um zusammenzukommen, indem Bestände nicht physisch den Ort wechseln, sondern digitalisiert und gemeinsam beforscht werden. Auch das ist eben ein großer Appell dafür, dass wir unsere Objekte digitalisieren, damit an-

dere damit arbeiten können, die physisch nicht darauf zugreifen können. Aber wohin es sich in Zukunft entwickelt, das wäre der Blick in die Glaskugel. Es gab immer wissenschaftliche Kontakte. Wie sie jetzt darunter leiden, das werden wir sehen.

Abg. Andreas Silbersack (FDP): Wir sehen auch die zwei Richtungen. Die Digitalisierung bringt natürlich mehr Wissen über die Geschichte, über Beziehungsgeflechte, vollkommen klar, finde ich auch sehr spannend. Was mich tatsächlich interessiert, ist der Restitutionsteil, weil das durchaus ein offenes Buch ist. Ich erinnere mich gut an die Claims Conference, die durchaus sehr gut in der Frage ist, gerade Beziehungsgeflechte in der Vergangenheit aufzuarbeiten. Mich würde als Erstes interessieren, wie Sie die Restitutionsansprüche von verschiedenen Organisationen bezogen auf Sachsen-Anhalt einschätzen. Als Zweites würde mich interessieren, wie sie die Restitutionsansprüche bei Mobilien aus der Zeit von 1945 bis 1949 einschätzen, da zu dem Zeitpunkt nur die Enteignung der Immobilien erfolgte.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Was Restitution anbelangt, muss man, glaube ich, unterscheiden. Es gibt Restitutionsansprüche, von denen die Erben der damals verfolgten Menschen wissen, und es gibt Restitutionsansprüche, von denen sie nichts wissen. Aufgabe von Provenienzforschung ist es eben, auch den zweiten Teil aufzuarbeiten. Ich glaube, dafür werden momentan sehr gute Beiträge geleistet.

Wir sind in Sachsen-Anhalt mit Ausnahme der Bodenreform nicht so stark von größeren Restitutionen betroffen, weder im kolonialen Bereich noch im NS-Raubgutbereich. Es wurden schon in den 1990er-Jahren Judaica zurückerstattet. Es werden aktuell auch Masonica - das sind Objekte mit Freimaurerkotext - zurückgegeben. Es gab auch Rückgaben von menschlichen Überresten, aus Halle, von den Meckelschen Sammlungen, nach Ozeanien. Das verläuft in aller Regel mit dem Wohlwollen aller Beteiligten. Uns sind wenig Streitfälle bekannt.

Etwas anderes sind die angesprochenen Bodenreformenteignungen. In den 1990er-Jahren ist sehr viel aufgearbeitet worden. Es gab bis heute Rückgaben zum Teil durchaus umstrittener Art, rechtlich umstritten, aber auch moralisch-ethisch umstritten. Museen haben wie Bibliotheken und Archive auch teilweise in großem Stil zurückgeben müssen. Die Rechtslage ist, wie sie ist. Die Museen machen das in der Regel auch. DDR-Restitution ist noch nicht so stark Thema. Es gab Rückgaben bei Enteignungen, Beschlagnahmungen, Republikflüchtlingen. Das ist aber nicht der Regelfall, weil die Rechtslage ein bisschen komplexer ist als bei der Bodenreform. Bei der Bodenreform ist es im Grunde genommen rechtlich geregelt. Das hat durchaus zu Kulturgutverlusten in den Museen geführt. Ich glaube, Sie alle wissen, dass durchaus auch Kulturgut auf dem Markt gelandet ist. Das ist aus unserer Sicht bedauerlich, aber die Rechtslage ist, wie sie ist. Bei allem anderen, was DDR/SBZ betrifft, stehen wir, glaube ich, zusammen mit dem DZK am Anfang. Es gibt keine pauschale Übersicht dazu. Man kann auch kein pauschales Urteil fällen. Diese Bodenreformsachen sind in aller Regel durch.

Die **Vertreterin des DZK:** Wir haben gerade ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben, um uns genau mit diesen rechtlichen Bedingungen zum Entzug in SBZ/DDR auseinanderzusetzen.

Darüber wird künftig sicherlich auch politisch noch einmal diskutiert werden müssen, weil die Lage recht kompliziert ist und Restitutionen in dem Fall eine rechtliche Grundlage brauchen.

Im Bereich Nationalsozialismus haben wir einfach die Washingtoner Prinzipien, die gemeinsame Erklärung, die Handreichung, also, wir haben einen rechtlichen Rahmen, auch wenn es im Bereich der weichen Gesetzgebung funktioniert. Wir haben die beratende Kommission. Es gibt quasi Regularien. Diese werden vor allen Dingen für den Bereich SBZ/DDR auf den Prüfstand gestellt.

Der **Geschäftsführer des Museumsverbands Sachsen-Anhalt:** Dieses Kulturgut aus NS-Unrecht fließt übrigens auch in die andere Richtung, also Moritzburg, die Feininger-Sachen, alles, was als entartete Kunst galt, ist ja auch zurückgekommen. Es gibt also auch solche Fälle, dass Kulturgut, das einst aus den Museen entfernt worden ist, wieder zurückkommt, auch wenn das nicht der große Schwerpunkt ist.

Vorsitzender Daniel Sturm: Weitere Nachfragen sehe ich nicht. Ich möchte fragen, wie wir mit dem Antrag verbleiben. Können wir ihn für erledigt erklären? - Ich sehe allgemeine Zustimmung. Dann können wir so verbleiben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Finanzierung des Cage-Projektes in Halberstadt

Selbstbefassung Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **ADrs. 8/EUR/15**

Der Ausschuss hat sich in der 9. Sitzung am 22. April 2022 darauf verständigt, das Thema in der heutigen Sitzung zu behandeln und zu einem Fachgespräch die John-Cage-Orgel-Stiftung Halberstadt einzuladen.

Ein **Vertreter der John-Cage-Orgel-Stiftung Halberstadt:** Wir sind ein sehr verrücktes Kulturprojekt. Wir führen ein Musikstück 639 Jahre lang auf, „verrückt“ im Sinne von es erfüllt keine Erwartungen an Musik, Melodie und Rhythmus. Verrückt ist an diesem Projekt auch, dass es inzwischen - seit dem Jahr 2001 läuft dieses Musikstück - international, weltweit Beachtung gefunden hat. Ich habe Ihnen Material ausgegeben. Dazu brauche ich nicht viel zu sagen. Wir sind nicht nur in den Medien, in den Kunstsachen, wir sind inzwischen auch schon in den Schulbüchern. Das ist für Künstler, glaube ich, das Höchste, was sie erreichen können, jedenfalls bei einem kollektiven Kunstwerk, bei dem man nicht auf den Sockel gestellt werden kann als Denkmal.

Dieses Projekt wird rein ehrenamtlich betrieben, und zwar in der Grundfinanzierung. Es geht jetzt also gewissermaßen um die Grundfinanzierung. Wir haben eine Förderung seitens der Stadt bekommen. Sie hat uns eine alte Kirche quasi geschenkt für 1 € und ein altes Herrenhaus - die ehemalige Zisterzienserinnenkirche St. Burchardi. Wir haben immer wieder Unterstützung auch vom Land bekommen, indem Fördermittel für Events gegeben werden, also Cage-Geburtstage, Festivals usw. Einige unserer wichtigsten Sachen, was sich jetzt etabliert hat, die jährlichen Meisterkurse und der Cage-Award, werden von einer privaten Bremer Stiftung finanziert. Wir sind selber eine Stiftung und haben damals das minimalste Kapital, was es in Sachsen-Anhalt braucht, nämlich 30 000 DM zusammengekratzt, weil wir den Zweck festlegen wollten auf 639 Jahre und keine Millionen zu verwalten haben.

Wir haben in diesen mehr als 22 Jahren inzwischen mehr als 1 Million € an privaten Mitteln eingeworben, vor allem durch Spenden. Die Haupteinnahmequelle war gewissermaßen der Verkauf oder die Spende eines Klangjahres dieser 639 Klangjahre. Sie sind inzwischen alle vergeben. Jetzt sind wir in einer sehr paradoxen Situation, dass wir auf der einen Seite ein Höchstmaß an internationaler Medienöffentlichkeit haben, dass wir viele Besucher haben. Wir nehmen keinen Eintritt, gerade weil es moderne Kunst ist und weil wir es niedrigschwellig machen wollen. Auf der anderen Seite lässt aber die private Unterstützung langsam nach. Die Hardcore-Cageianer und Fans haben alle schon viel gespendet.

Wir haben neben diesen Kosten eine Handvoll Leute - wirklich eine Handvoll Leute -, die ehrenamtlich jährlich etwa 2 500 Arbeitsstunden hineinstecken. Wir haben gesagt, auf Dauer kann das so nicht weiter betrieben werden, zumal es durchaus gelobt wird von der Stadt,

vom Bund, aber auch vom Land. Wir haben uns an alle Institutionen seit zweieinhalb Jahren gewendet und haben gesagt, wenn es so weiterlaufen soll oder vielleicht sogar professioneller oder besser weiterlaufen soll, dann braucht es eine institutionelle Förderung, die wir mit 150 000 € angesetzt haben. Der letzte Zettel in Ihren Papieren ist der wichtigste; darin steht das. Was wir im Moment machen müssen: Wir haben die Öffnungszeiten eingeschränkt, weil wir es im Moment nicht mehr finanzieren können. Diejenigen, die für die Öffnungszeiten sorgen, brauchen eine Aufwandsentschädigung, müssen versichert werden usw.

Abg. Ulrich Siegmund (AfD): Können Sie beziffern, wie viel Geld Sie in den letzten Jahren eingenommen haben, an Spenden? Sie haben gesagt, ungefähr, pro Person. Aber insgesamt: Was kam so rüber?

Der **Vertreter der John-Cage-Orgel-Stiftung Halberstadt:** Wir haben mehr als 1 Million € eingenommen. Wir haben 639 Klangjahre oder 640 Jahre - wir haben noch eines dazu geschmuggelt. Das kostete ursprünglich 2 000 DM, dann 1 000 € und dann 1 200 €. Das war eben die intelligenteste Finanzierungsmöglichkeit. Sie können es sich ausrechnen. Wir haben nicht alle verkauft bzw. gegen Spenden abgegeben, manche auch an große Förderer verschenkt, aber mehr als eine halbe Million sind hereingekommen, weil diese Plaketten in der Kirche auf einem Stahlband befestigt sind. Die Leute können sich in dieser Zeitstruktur verewigen mit entsprechenden Namen oder Sprüchen. Der Rest ist durch private Spenden von uns eingegangen. Die will ich im Einzelnen nicht aufführen, aber es gibt auch in Halberstadt den einen oder anderen mittelständischen Unternehmer, der uns ein bisschen was gegeben hat. Wie gesagt, die Hauptförderung entfällt auf die Karin-und-Uwe-Hollweg-Stiftung in Bremen, die uns den Meisterkurs und den Cage-Award mit 25 000 € im Jahr finanzieren; dann diejenigen, die die Cage-Partituren vertreiben, also der Peters-Verlag. Das ist einer der großen Musikverlage. Er spendet immer eine Spezialpartitur dieses Stückes, die wir nur in Halberstadt verkaufen können.

Ich schätze einmal, es sind 1,2 Millionen €, die wir eingenommen haben, plus die Fördermittel, die dann natürlich abgerechnet werden. Ich muss aber auch sagen, bei allen Wohltaten, die wir erfahren haben, dass die Abrechnung der Fördermittel unsere ehrenamtliche Kraft fast schon überfordert.

Wenn Sie sich einfach einmal den Pressespiegel angucken, den ich beigelegt habe, dann werden Sie sehen, um so etwas hinzukriegen, muss man viele Leute, wie wir in Norddeutschland sagen, begöschen, also die Journalisten, um das aufzubauen.

Wir sind an weiteren Finanzierungsideen dran. Wir wissen nicht, ob sie funktionieren. - Das ist der Punkt, unsere Situation.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE): Wir haben den Selbstbefassungsantrag auch gestellt, weil wir vernommen haben, dass dieses Projekt durchaus weit über die Grenzen von Sachsen-Anhalt hinaus Bekanntheit erreicht hat und sich daraus natürlich die Frage ergibt, ob sich das

Land nicht auch an solch einem Projekt beteiligt, wenn es diese überregionale Bedeutung hat. Dahin geht auch meine Frage: Können Sie irgendwie beziffern, welchen Wert das Projekt für das Land Sachsen-Anhalt hat, sprich, wie viele Menschen kommen nach Halberstadt und gucken es sich an, damit man ein Gefühl dafür bekommt?

Der **Vertreter der John-Cage-Orgel-Stiftung Halberstadt:** Wir haben in diesen 20 Jahren etwa 150 000 Besucher gehabt. Da wir keine Eintrittskarten haben, also keine Eintrittspreise nehmen, haben wir auch keinen Kartenverkauf, um das kontrollieren zu können. Wir versuchen, die Leute zu bitten, sich in Listen einzutragen. Im letzten Jahr war es für fünf Monate wegen der Coronapandemie geschlossen und wir haben trotzdem mehr als 5 000 Besucher gehabt. Nach Auskunft des Stadtmarketings in Halberstadt sind natürlich die großen Events die Klangwechsel, die jetzt etwas häufiger passieren. Dafür sind schon auf Jahre hinaus die Hotels ausgebucht. Ich kenne den Begriff der Kulturwirtschaft, aber ich kann Ihnen keine konkrete Zahl sagen. Nach Auskunft des Stadtmarketings ist von den Kulturinstitutionen in Halberstadt - also, ich nenne nur das Gleimhaus, die Moses-Mendelssohn-Akademie, das Heineanum usw. - das Cage-Projekt dasjenige mit den höchsten Steigerungsraten bei den Besuchern. Es sind vor allem viele internationale Besucher. Das muss man einfach sagen. Der größte Teil der Medienresonanz ist in der amerikanischen, englischsprachigen Presse, aber auch weltweit.

Abg. Alexander Räuscher (CDU): Ich höre bei Ihnen - Sie sagen niedrigschwelliges Angebot -, dass Sie das alles kostenlos anbieten wollen über Spenden. Ich verstehe, dass es durchaus ein schwerer Schritt ist zu sagen, wir lassen es etwas kosten. Das bedeutet aber, wenn ich jetzt einmal 150 000 € nehme und auf die 640 Jahre rechne, dann sind es 96 Millionen €. Wir gehen damit im Prinzip einen Ewigkeitsvertrag ein. Ich bin der Meinung, man sollte sehr ernsthaft prüfen, ob man nicht durch die Vermarktung des Ganzen doch Einnahmen erzeugt, wodurch sich das Projekt langfristig selber trägt.

Ich bin ein großer Fan von Kultur, aber was nichts kostet, ist auch nichts wert. Ich zahle meine Eintrittspreise überall gerne. Ich sehe es überall auf der Welt, dass man manchmal erschrickt, der Tower in London kostet einen Haufen Geld und in das British Museum kann ich kostenlos. Es gibt solche und solche Angebote. Man muss sich entscheiden, aber in das British Museum laufen natürlich auch Menschenmassen. Das Cage-Projekt ist natürlich sehr speziell. Es hilft Halberstadt. Ich weiß, dass die Leute zwischen dem Gleimhaus, der Kirche und dem Burchardikloster durchaus spazieren gehen, aber eben nicht viele. Insofern wäre mein Hinweis die 96 Millionen €. Ich befürchte, dabei wird es nicht bleiben, wenn die Mentalität aufkommt, wir lassen uns alles finanzieren und fördern. Was haben Sie ernsthaft unternommen, um einmal zu schauen, können wir es selbst finanzieren? Das habe ich bisher überhaupt nicht gehört.

Der **Vertreter der John-Cage-Orgel-Stiftung Halberstadt:** Dann kann ich nur noch einmal wiederholen: Wir haben dieses Projekt jetzt diese ganzen 22 Jahre lang rein privat finanziert

mit mehr als 1,2 Millionen €, die wir eingeworben und selber hineingesteckt haben. Sie können sagen, das ist nicht viel, angesichts von 639 Jahren. Ich gebe Ihnen recht. Wir haben es angefangen, wir haben es gemacht. Das haben wir bis jetzt gemacht.

Die Debatte über das Eintrittsgeld ist eine, die Sie mit vielen auch professionell geführten Institutionen führen können. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass uns viele dieser Institutionen geraten haben, keine Eintrittsgelder zu nehmen und lieber auf die Spendenbox zu setzen. Sie gehen hinein und dort steht eine Spendenbox. Für bestimmte entsprechende Events nehmen wir auch hochkarätige Eintrittsgelder, also zum Beispiel für die Klangwechsel haben 200 Leute jeweils 200 € bezahlt. Von daher, weitere Überlegungen, um das einmal zu sagen - Sie haben die 639 Jahre angesprochen -, wir sind gerade dabei - eine Idee -, Eintrittskarten für das Schlusskonzert am 4. September 2640 zu gestalten und zu verkaufen. Dafür gibt es zumindest schon entsprechende Nachfragen. Wie gesagt, das mag für Sie verrückt klingen, aber anders können wir mit dem verrückten Projekt auch nicht umgehen.

Abg. Alexander Räuscher (CDU): Respekt dafür, dass Sie das bisher mit diesen Spenden hinbekommen haben. Verstehen Sie mich bitte richtig, ich sehe es als Ansporn, es auch weiterhin so zu tun.

Abg. Wolfgang Aldag (GRÜNE): Eine Frage, die gar nicht an Sie gerichtet ist, sondern an die Landesregierung oder Vertreter des Kulturministeriums, wie das Projekt von ihrer Seite aus eingeschätzt wird, auch in der Bedeutung für Sachsen-Anhalt, wie ihre Einschätzung dazu ist und ob es nicht vielleicht im Rahmen zeitgenössischer Musik - John Cage gilt letztlich als ein Vertreter zeitgenössischer Musik; wir haben das Thema zeitgenössische Musik auch in der Vergangenheit immer einmal wieder gehabt - Möglichkeiten gibt, das Projekt zu unterstützen.

Staatssekretär Dr. Sebastian Putz (StK): Ich glaube, wir müssen unterscheiden zwischen der Stiftung und dem Projekt. Die Stiftung stellt - und hat es in der Vergangenheit auch getan - Förderanträge - Projektförderung -, die wir auch im Rahmen unserer Möglichkeiten bedient haben. Wir haben auch den Klangwechsel, der schon angesprochen wurde, in der Vergangenheit unterstützt. Ich will es auch für die Zukunft nicht ausschließen, je nachdem, wie die Finanzlage ist. Im Februar war der letzte Klangwechsel gewesen. Ich bin selbst dort gewesen. Wir haben uns persönlich kennengelernt. Es war mir wichtig, die Unterstützung und Anerkennung der Landesregierung und der Landespolitik für dieses Projekt, für das Engagement, das dort entstanden ist, zum Ausdruck zu bringen.

Das, was jetzt begehrt wird, ist etwas anderes. Es ist eine institutionelle Förderung. Man muss wissen, institutionelle Förderungen werden sehr selten gewährt. Ich glaube, wir haben im ganzen Kulturbereich 13 Einrichtungen, die institutionell gefördert werden. Wir haben auch ähnliche Projekte mit ähnlichem Engagement. Wenn wir alle institutionell fördern würden, dann würden wir nicht nur über diese Geschichte reden, sondern über viele andere auch. Eine institutionelle Förderung bedeutet auch, dass es am Ende, wenn man so will, eine

Landesaufgabe ist, eine Aufgabe im Interesse des Landes. Ich glaube, man muss bei aller Wertschätzung und Anerkennung für dieses Projekt zu der Einschätzung kommen, das ist ein wertvolles und auch anerkennenswertes Projekt und deswegen auch über Projektförderung förderfähig - es ist auch schon gefördert worden und das ist auch für die Zukunft möglich -, aber es ist keine Aufgabe des Landes und damit wird es auch keine institutionelle Förderung aus Sicht des Landes geben können. Das ist aber nicht neu. - Sie sind nicht enttäuscht, wenn ich es Ihnen sage. Ich habe es Ihnen auch schon in Halberstadt gesagt. Sie wissen, ich habe auch eine persönliche Verbindung zu dem Projekt. Das habe ich Ihnen auch erzählt.

Vorsitzender Daniel Sturm: Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Dann frage ich auch hierzu, wie wir mit dem Antrag verbleiben? Können wir den Antrag für erledigt erklären?

(Abg. Wolfgang Aldag, GRÜNE: Hat sich nicht erledigt, aber …)

- Man kann es ja immer wieder aufrufen. Man kann ja immer wieder einen Antrag stellen.

(Abg. Wolfgang Aldag, GRÜNE: Ja, ja!)

Ich wollte aber, dass wir ihn für erledigt erklären. - Ja.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vorsitzender Daniel Sturm schlägt zur **Gesamtausschussreise** vor, dass sich die Obleute der Fraktionen am Rande der Landtagssitzung über das weitere Verfahren berieten. Er meint, den vorgesehenen Reisezeitraum könne der Ausschuss nicht halten. Flüge seien blockiert worden, die Preise stiegen; das sei nicht verantwortbar. - Der Vorsitzende stellt die Zustimmung der Mitglieder des Ausschusses zu seinem Vorschlag fest.

*

Der **Ausschuss** verständigt sich zur **Tagesordnung für die nächste Sitzung am 17. Juni 2022.**

Schluss der Sitzung: 12:30 Uhr.

Bereitstellung im AIS/SIS/RIS